

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 42.

Sonnabend, den 19. Oktober 1907.

11. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Leipzig I: Firma Persurth. Höchst (Odenwald): Plaz Lung. Offenbach: Plaz Hermann. Crimmitschau: Plaz Brütigam. Kelheim: Steingewerkschaft Kapselberg. Ulm: Firma Schäfer, Kirchenbau Wg. Erfurt: Wertplaz Walter und Hartmann. Jena: Konradus. Dresden: Brückenbau, die Firmen Dyckerhoff u. Widmann sowie Holzmann u. Komp. Schmalkalden: Steinbruch Vetter.

Reißen. Die Köhler'sche Aussperrung dauert fort. Die Agenten, die Deutschland bereisten, konnten nicht einmal ein halbes Dutzend Steinmetzen anwerben. Nun will Köhler sich selbst Steinmetzen anlernen, wir gratulieren zu diesem Erfolg. Erfreulich ist es, daß die Hoffnung Köhler's, arbeitswillige Steinmetzen zu engagieren, förmlich mißlungen ist. Die arbeitswilligen ungelerten Arbeiter sind der gelben Organisation angeschlossen.

Saugenfalza. Unser Streit endete nach dreitägiger Dauer zu Gunsten der Kollegen.

Berlin II. Der Streit der Marmorarbeiter dauert fort. Die Mehrzahl der Kollegen arbeitet bereits zu den neuen Bedingungen. Einige Unternehmer dachten die Kollegen niederknüppeln zu können, doch einer um den anderen schloß mit uns Frieden. Öffentlich können wir bald über einen vollen Erfolg berichten. Zuzug nach hier ist streng zu meiden.

Königs-Lutter. Wegen Tarifdifferenzen und Maßregelungen stellten die hiesigen Steinbrucharbeiter die Arbeit ein.

Königsbrück. Granitarbeiter haben nach hier Zuzug fernzuhalten. Die Unternehmer weigerten sich, mit unseren Kollegen einen Tarifvertrag abzuschließen.

Bunzlau und Alt-Barthau. Der Streit bei Schilling ist erledigt. Die abgewiesenen Kollegen sollen in erster Linie wieder hier untergebracht werden.

Strahburg (Els.) Die Bauarbeiter streiken; Steinmetzen haben Zuzug zu unterlassen.

Maulbrunn (Württemberg). Bei Durrer wurden 21 Kollegen wegen angeblichem Arbeitsmangel entlassen. Meist sind Verbandsmitglieder und Vorstandspersonen von diesem freundschaftlichen Unternehmerrakt betroffen.

Groß-Hartmannsdorf. Das hiesige Kaltwerk ist gesperrt. Den Kollegen wird die Ausübung des Koalitionsrechtes von der Betriebsleitung unmöglich gemacht. Zuzug ist zu unterlassen.

Wien (Oesterreich). Der Streit der Marmorarbeiter endete zu vollen Gunsten der Kollegen.

An die Vertrauensleute.

Sperren werden im Fachblatt nur publiziert, wenn der Grund zur Sperre vom Lokalvorstand eingehendst schriftlich geschildert wird.

Jeder Streit, der ohne Genehmigung des Zentralverbandes beschlossen wird, wird von der Hauptkassette nicht unterstützt. Wir müssen dringendst um die Einhaltung der statutarischen Bestimmungen bitten. Wo gegen das Statut gehandelt wird, haben die Kollegen die Folgen ihrer überfülzten Handlungsweise selbst zu tragen.

Der „Hochverräter“.

Genosse Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht wurde vom Reichsgericht wegen Hochverrats vor 1 1/2 Jahren festungsurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es: Alle Voraussetzungen zu einer vorbereitenden Handlung zum Hochverrat sind gegeben durch die Tat des Angeklagten. Außerdem sind auch gegeben die Voraussetzungen, daß er die Absicht gehabt hat, die Verfassung mit Gewalt zu ändern. Dieses Mittel der Gewalt, die Ausübung seines Vorhabens, hat der Gerichtshof erblickt in den Jugendorganisationen. Seine Handlung ist nicht ehrlos, wie der Reichsanwalt meint, sondern politischen Motiven, die falsch sein können, aber nicht ehrlos sind, entsprungen.

Schon seit Monaten wußte man es, daß dem Genossen Dr. Karl Liebknecht wegen angeblichen Hochverrats vor dem höchsten deutschen Gerichtshof, dem Reichsgericht in Leipzig, der Prozeß gemacht werden wird. Liebknecht hat etwa zu Beginn dieses Jahres ein lehrreiches Buch über den „Militarismus und Antimilitarismus“ geschrieben. Diese Schrift wurde, irren wir nicht, im Juli dem Herrn Oberreichsanwalt „behördlicherseits“ zugestellt, und nun erfolgte die Anklage. Kundige in solchen Dingen sagten: Hochverratsprozesse enden nie oder doch sehr selten mit Freisprechung. In dieser Anschauung liegt viel, viel Wahres. Die Staatsraison, und eine solche Schlußfolgerung ist kaum falsch, scheint durch die Liebknechtsche Schrift in Gefahr gekommen zu sein. Wenigstens geht das ja aus den Episteln der bürgerlichen Presse, die zu diesem Prozesse in die Öffentlichkeit posant wurden, klar und deutlich hervor.

Ja, die Staatsraison mochte leiden, und das erblicken wir als Hauptgrund, warum Liebknecht vor die Schranken

des höchsten Tribunals mußte. Der Oberreichsanwalt jagte zwar mit Emphase, die Darstellung in der Schrift sei Vorbereitung zum Hochverrat, aber keine paar Zitate aus derselben rechen nun aber gar nicht nach hochverräterischer Tendenz. Aber der Herr Oberreichsanwalt versichert, die genannte Schrift trage höchst staatsgefährlichen Charakter; nun, wir wollen ihn in diesem guten Glauben belassen.

Nachdem einmal diese Justizaktion eingeleitet war, mußte damit gerechnet werden, daß sie mit einem „Erfolg“ enden würde. Genosse Dr. Karl Liebknecht selbst hat sich hierüber keinen Illusionen ergeben und schon in einem Vortrag, den er im August in Stuttgart hielt, sprach er aus, daß er auf eine Verurteilung gefaßt sei, daß diese Aussicht aber nicht das mindeste an seiner Ueberzeugung und an der offenen Vertretung dieser Ueberzeugung ändern könne. In der Tat, derartige Justizaktionen werden nicht unternommen, wenn nicht die leitenden Behörden sich sicher glauben, daß ihr Vorgehen durch das erkennende Gericht gebilligt und bestätigt werden wird. Die leitenden Justizbehörden prüfen sorgfältig, ob nicht ein Prozeß, den sie wünschen, mit einem Fiasko für sie selbst, mit einem Triumph für den politischen Widersacher enden könne. Sie fürchten die Blamage, daß ihnen die Angeklagten aus dem wohlberbeiteten Netz entschlippen, wie es im Königsberger Geheimbunds- und Zarenbeleidigungsprozeß geschah.

Die Hochverratsaktion gegen Karl Liebknecht war ebenso juristisch wie politisch ein Monstrum.

Wer die Liebknechtsche Schrift kennt, wir haben die vom Reichsanwalt als gefährlich bezeichneten Stellen wiederholt gelesen, oder wer den ausführlichen Prozeßbericht aufmerksam verfolgt hat, muß sich immer wieder staunend fragen: Was sind es nun eigentlich für Handlungen, die der Angeklagte begangen haben soll? Nirgend finden sich im Wortlaut derjenigen Stellen der Schrift, die das Strafbare enthalten sollen. Entweder hieß es: Die ganze Schrift ist das Verbrechen. Oder es wurden Ausarbeitungen aus der Schrift vorgelesen, in denen Zitate und Inhaltsauszüge durcheinander gemischt waren, ohne daß irgendwo der Wortlaut dessen zum Vorschein gelangt, was zur Belastung des Angeklagten herausgelesen wird. Wie fabelhaft dabei aller wirkliche Sinn des Textes verunstaltet wurde, das zeigte unüber-trefflich die Behauptung des Oberreichsanwalts, daß dem Satz des Angeklagten, ein Kriegausbruch sei die ungünstigste Zeit für die Durchführung der ihm vorschwebenden Ideen, nur durch Druckfehler der entgegengesetzte Sinn entstanden sei, der Angeklagte habe, ohne Druckfehler, die Kriegszeit als die günstigste bezeichnen wollen, was seine verbrecherischen Pläne erweise. Nur vollständiges Verkennen der ganzen Schrift Liebknechts konnte zu dieser Druckfehleranklage führen, die ungemein erheitern würde, wenn die Sache nicht allzu ernst wäre. Der angebliche Druckfehler entspricht durchaus dem Gedankengang der Schrift, und so beweist, was den Angeklagten besonders belasten sollte, in besonderem Maße zu seinen Gunsten.

Unerhört aber war es, daß Dr. Olshausen sich die Freiheit herausnahm, dem Angeklagten zu unterstellen, dieser hätte das Wort „ungünstig“ nur vorstichtshalber gesetzt, um den Maschen des Gesetzes zu entgehen. Mit Recht sagte der Verteidiger, Genosse Haase: „Nicht, der französische Polizeiminister meinte, gebt mir von einem Menschen zwei Worte und ich bring ihn an den Galgen. Der Reichsanwaltschaft genügte anscheinend schon zwei Buchstaben, um eine Verurteilung in die Wege zu leiten.“

Die Unmöglichkeit, in bestimmten, wörtlich mitzuteilenden Sätzen der Schrift das vorgebliche Verbrechen der Hochverratsvorbereitung festzustellen, hat zugleich den vom Angeklagten mit Recht eindringlich kritisierten Wechsel in der Formulierung der Vorwürfe hervorgerufen, die man gegen ihn erhob. Erst wurde behauptet, er habe einen Krieg Frankreichs gegen Deutschland anzetteln wollen. Dann: er habe für den Fall einer Intervention in Rußland den Streik der Soldaten vorbereiten wollen. Schließlich: er habe die Kommandogewalt des Kaisers durch gewaltsamen Widerstand zu beseitigen und die Bestimmungen über den Belagerungszustand außer Kraft zu setzen beabsichtigt. Wäre nur eine einzige dieser Absichten vom Angeklagten wirklich vertreten und ausgesprochen worden, so hätte man sich die Bein erspart, bald dies, bald jenes ihm zu unterstellen. Da er aber nichts derartiges geschrieben hat, so interpretierte man bald dies, bald das in seine Ausführungen hinein. Kurz, es fehlte völlig an einer bestimmten, in festen Umriß zu bezeichnenden gewaltsamen Handlung, die der Angeklagte durch seine Schrift vorbereitet haben soll.

So elastisch der 86. Paragraph des Strafgesetzbuches auch sein mag — er gleicht an Kaufschufnatur dem Groben Unfugs-Paragraphen, mit dem er sonst natürlich durch die Grausamkeit seiner Strafandrohungen nicht zu vergleichen ist —, seine Ausdehnung derart, daß bloße Ideen, die der Justiz gefährlich erscheinen, zur Vorbereitung von Hochverrat gestempelt werden, hätte man für ausgeschlossen halten sollen. Diese Justiz geht darauf aus, politische Bestrebungen, aus denen nach ihrer Ansicht

möglicherweise später einmal verbrecherische Handlungen entstehen können, dadurch in Vorbereitung von Hochverrat zu verwandeln, daß sie dem Angeklagten unterstellt, er selbst habe die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit der verbrecherischen Handlung in seinen Willen aufgenommen. Auf diesem Wege der Gesetzesauslegung und Gedankenunterstellung kann man schließlich allerdings jedes Bekenntnis zum Sozialismus und jede Bekämpfung des Militarismus als Vorbereitung zum Hochverrat zurecht-machen, wonach die konservative Scharfmacherreaktion ja schon wiederholt brünstig verlangte. Man hat dann nur zu sagen: „Was ihr Sozialisten erstrebt, das läßt der Staat nicht in Friedlichkeit zu, auch nicht, wenn ihr die große Majorität der Nation auf eurer Seite habt; folglich müßt ihr zur Gewalt schreiten wollen, folglich bereitet ihr Hochverrat vor.“ So wird der Sozialist zum Hochverräter, weil die heutigen Machthaber die friedliche und gesellige Entwicklung zu verhindern gewillt sind!

Der Angeklagte hatte sehr recht, als er in seinem markanten Schlusswort sagte, ich fühle mich nicht schuldig, auch wenn ich verurteilt werde. Und viele denken mit ihm auch heute noch so.

Schon der Vater Liebknechts hat 1872 diese Methode der Justiz köstlich ironisiert, da er ausführte: „Vielleicht erhebt nächstens der Herr Staatsanwalt Anklage gegen jene Astronomen, welche behaupten, die Erde könne dereinst durch Zusammenstoß mit einem andern Himmelskörper zertrümmert werden, und werde, falls eine derartige Katastrophe nicht eintrete, ganz sicher in einigen Millionen oder Billionen Jahren durch Erlöschen der Sonne unbewohnbar gemacht werden. Da bei dieser Gelegenheit das deutsche Kaiserreich mit samt Königreich Sachsen mindestens ebenso gewiß das Zeitalter segnen wird als bei Verwirklichung unsrer Prinzipien, so sind diese Astronomen ebenso gewiß wie wir des Hochverrats schuldig, des superlativ „entfernten“, des telekopischen Hochverrats, der für ewige Zeiten den Namen des Herrn Staatsanwalts tragen sollte!“

Fehlte es also überhaupt an der Möglichkeit, bestimmte Sätze Karl Liebknechts festzustellen, aus denen hervorgeht, daß er die gewalttätige Zerstörung der Verfassung oder eines Teiles der Verfassung betreiben habe, so kommt andererseits hinzu, daß der Angeklagte an verschiedenen Stellen seiner Schrift ausdrücklich die Anwendung von Gewalt verwarf, lediglich eine Propaganda auf Grund der gegenwärtig gegebenen Verhältnisse und Gesetze forderte und alles weitere der organischen Entwicklung der wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen Kräfte überließ. Und selbst wenn die Justiz die Absicht der Gewaltvorbereitung aus der Schrift herausinterpretieren für möglich hielt, so mußte es doch nach den Erklärungen des Angeklagten in der Verhandlung vor dem Reichsgericht für jeden, der nur zu einem Mindestmaß objektiver Beurteilung geeignet ist, unmöglich werden, an solcher Interpretation festzuhalten. Liebknecht stellte sich durchaus auf den Boden der Propaganda im Rahmen der gegebenen Gesetze. Was wollen die Hüter der heutigen Ordnung mehr, wenn sie eben nicht diese gesellschaftliche Propaganda selbst unmöglich machen wollen? Wie konnte gleichwohl der Oberreichsanwalt die ungeheuerliche Strafe von 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust beantragen? Nun, die Senate machten ihm einen dicken Strich durch die Rechnung, die beantragte Zuchthausstrafe und sofortige Verhaftung trat nicht ein.

Ueber den Prozeß selbst möchten wir den gewonnenen Eindruck während der Verhandlungen knapp wiedergeben.

Das Urteil mit seiner ganzen juristischen Begründung ist einfach unverständlich. Wir glauben, vor dem Reichsgericht hat unter so ungeheurem Andrang des Publikums überhaupt noch kein solcher Prozeß stattgefunden. Meist war die „Creme“ der Leipziger Hautevolee im großen Gerichtssaale vertreten. Wir sahen Juristen und Staatsanwälte, Bankdirektoren und gutbestallte Aufsichtsräte, Studenten und Hochschullehrer. Faulenzer aus der Hautefinance und das schöne Weibliche aus der besseren Gesellschaft, geschminkt und gepudert, mit feidenen Unter- und Oberröcken rauschend, hatten sich ebenfalls, mit Vornetten paradiend, zu diesem Hochverratsprozeß eingefunden. Unse Genossen waren spärlich vertreten, die Karten waren schon zehn Tage vor der Verhandlung vergriffen. Der große Verhandlungssaal war während der drei Gerichtstage förmlich überfüllt. Nicht zu vergessen sei, daß wir nicht weniger als 25 Berichterstatter zählen, die emsig stenographische Aufzeichnungen machten. Welch ein Unterschied zwischen den gewöhnlichen Reichsgerichts-verhandlungen und dem Liebknechtschen Hochverratsprozeß! Und den „Hochverräter“ Liebknecht abzurteilen, mußten zwei Senate zusammentreten, also 15 höchst gelehrte Richter mit besten Mänteln ließen sich in ihren Fauteuils „anscheinend er-müdet“ nieder. Rechts, bis-a-bis dem Hochverräter, plazierte sich der Ankläger Herr Dr. Olshausen. Man sah es seinem niedergedrückten Wesen, seinen ernsten Gesichtszügen an, daß er eine „schwere“ Anklage zu vertreten hatte. Die Verteidiger Dr. Hezel, Dr. Rosenberg und Haase sitzen vor dem Angeklagten. Die Richter, meist ergraute Herren machten nicht den besten Eindruck; öfters hörten wir, vom Hauche der modernern Zeit sind diese Herren kaum berührt, eine Verurteilung wird desto eher möglich sein, je weniger sie die Umwälzung im politischen und wirtschaftlichen Leben erfasst haben. Wir möchten diese Richter mit ihren samtigen Nosen und ihrem ehrbaren Alter mit Kurien-kardinälen vergleichen, denen das Fortschreitende, Fließende, Umwälzende der größte Greuel ist. Und so war es uns von vornherein klar, daß Dr. Liebknecht dem „Dogma“ Hochverrat kaum enttrinnen wird. Und es geschah auch so.

Die Verhandlung war vom ersten bis zum letzten Augen-blick äußerst spannend. Wir meinen nicht das Spannende in dem Sinne bürgerlicher Sensation, nein, aber jeden Augenblick konnten wir vernehmen, wie die Anklage unter den geradezu wichtigen Argzügen, in juristischem Sinne gemeint, durch den Angeklagten und seine Verteidiger niedergeschlagen wurde. Schlag auf Schlag führte Dr. Liebknecht gegen die Anklagen, und wir haben noch niemals einen so gewandten, streng

Logisch, mit feuriger Beredsamkeit ausgerüsteten Juristen plädierten, wie Dr. Liebknecht in eigener Sache. Was mochte der Herr Staatsanwalt vom Landgericht, der uns selbst schon etliche Wochen auf den Hals brannte, im Zuhörerraum denken, als er die juristischen Definitionen Liebknechts vernahm, als er vernahm, wie Liebknecht den Oberreichsanwalt attackierte; mochte er nicht denken, o Herr, verschone mich in meiner Tätigkeit vor dieser Sorte Angeklagten. Auch die Zuhörer gewannen dem Auftreten des „Hochverräter“ immer mehr Sympathie ab. So wie dieser, sagten sich viele, der mit jedem Atemzuge für seine Schrift steht, der ungehämmt und rückhaltlos seine Ideen vertritt, die im Sinne des Oberreichsanwalts vorbereitende Handlungen zum Hochverrat sein sollen, so kann nur ein Ehrenmann von der Sohle bis zum Scheitel sprechen. Auch mit dem Vorstehenden geriet der Angeklagte öfters in Kollision, mit seinem Recht der uneingeschränkten Verteidigung gab Liebknecht kein Jota preis. Und wir freuen uns über seine Fähigkeit herzlich, natürlich mit einem solch schlagfertigen Kämpfer rechneten die Herren des höchsten Gerichtshofs wohl kaum. Der Oberreichsanwalt erging sich mit seinen unbegreiflichen juristischen Definitionen ins Uferlose. Man merkte es ihm an, daß ihm diese Anklage zu vertreten sehr sauer wurde. Nun, dieser Prozeß hat ihm sicherlich keine Lorbeeren eingebracht. Die gesamte Justiz hat durch diese Hochverratsaktion eine bedeutende Schlappe erlitten. Uns kann es recht sein. Wir betonen, daß die Verteidiger glänzend operierten; noch hatten die meisterhaften Plaidoyers der Anwälte Dr. Gaase und Dr. Hezel in unserm Gedächtnis. Besonders der letztgenannte Verteidiger besaß sich eingehend mit den juristischen Deklamationen der Oberreichsanwaltschaft, und seine Rede muß ein wahres Meisterwerk juristischen Scharfsinns genannt werden. Als Dr. Hezel seine gewalttätige Rede beendet und Dr. Liebknecht sich zum Schlusswort meldete, dachte wohl die Mehrzahl der Zuhörer, nach einem solchen Redner ist es wohl taktisch kaum mehr richtig, in eigener Sache das Wort zu nehmen, der eminente Eindruck der Verteidigungsreden könnte dadurch verwischt werden. Aber Liebknecht sprach mit bewunderungswürdiger Ruhe, mit scharfer juristischer Logik, mit beißendem Spott, so daß wir offen gestanden uns nicht wünschten, in der Haut des Oberreichsanwalts zu stehen. Das Benehmen Liebknechts, dieses jungen Rechtsanwalts, mußte sogar den bürgerlichen Gegnern großen Respekt einflößen.

Der Andrang zur Urteilspublication am letzten Sonnabend war ungeheuer. Schutzmannshelme blühten vor dem Hauptportal des Reichsgerichts, Schutzmannshelme bewegten sich in den Gängen des massiven Steinkomplexes hin und her, und im Gerichtssaale selbst bemerkten wir etliche Geheimpolizisten mit dem Herrn Polizeieinspektor Försterberg an der Seite. Für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit war somit gut gesorgt. Unter lautmaler Stille verkündet der Herr Präsident das Urteil: 1 Jahr 6 Monate Festung. Warum kein Freispruch? flüstert jemand, Verurteilung wird hinzugefügt; aber diese guten Leute wurden gleich eines Besseren belehrt. Der Präsident läßt sich weiter vernehmen, das Urteil sei sofort rechtskräftig, eine Verurteilung unmöglich. Der höchste Gerichtshof hatte ja gesprochen. Während der Urteilsverkündung fand sich auch Dr. Jund, Anwalt am Reichsgericht und nationalliberaler Abgeordneter für Leipzig, im Saale ein. Das ständige Kopfschütteln dieses Herrn schien zu zeigen, daß er mit dem Strafmaß und der Art der Begründung durchaus nicht einverstanden war. Wir zogen eine Parallele mit dem Reichstag, wo Herr Dr. Jund sicherlich bei bester Gelegenheit sein warnendes Veto über die Bedenklichkeit des für die deutsche Justiz unruhig verlaufenen Prozesses einlegen wird. Hoffentlich geben wir uns keinem Köhlerglauben hin.

Der Saal leert sich. Auf dem großen Reichsgerichtssaal hat sich eine große Menschenmenge angesammelt, aus den Fenstern des Landgerichts schauen mit verstohlenen Blicken die Beamten der Justiz, auch sie wollen den „Hochverräter“ suchen. Als Liebknecht die wichtigen Freitreppe herabstieg, brachte ihm die Masse eine nicht endenwollende Ovation, und schnell zogen sich nun einige Reichsgerichtsräte, die diese große Volksmenge beschauen wollten, aus ihren Balkonen zurück.

Hoffentlich erleidet der verurteilte „Hochverräter“ während seiner Strafzeit keinen Schaden an Leben und Gesundheit.

Wie muß eine Aufkündigung des Arbeitsvertrages rechtswirksam mitgeteilt werden?

Diese Frage mag manchem sonderbar oder vielleicht gar müßig erscheinen, und zwar deshalb, weil viele meinen, darüber mit sich im Klaren zu sein und andre wieder glauben, dieser Frage überhaupt keine Beachtung schenken zu brauchen. Auf die richtige Beantwortung kommt es aber doch sehr an, und das kann unter Umständen für die ihr Arbeitsverhältnis aufkündigenden Arbeiter von großem Nutzen sein. Die Erfahrung lehrt, daß, wie bereits oben angedeutet worden ist, im täglichen gewerblichen Leben die durch ein Arbeitsverhältnis Verbundenen auf die Form der Kündigung oftmals wenig Wert legen. Wenn dies nun auch nicht gerade jedesmal zu Weiterungen führt, so tritt doch oft genug der Fall ein, wo es nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses, die auf Grund von gesetzlich verbindlicher Form vorgenommen wurde, unter den Beteiligten zu Streitigkeiten kommt, was dann fast in allen Fällen zu Klageerhebungen vor den Gewerbegerichten führt. Diese sollen alsdann entscheiden was Rechtens ist.

Daß auch der einzelne Arbeiter darauf zu sehen hat, die Kündigung in rechtswirksamer Weise vorzunehmen, um dadurch Zweifel, Streitigkeiten oder Prozesse zu verhüten, ist ohne weiteres klar. Wie vorsichtig und mit Vorbedacht aber zu Werke gegangen werden muß, wenn es sich in besonderen Fällen, etwa bei Lohnbewegungen usw., um eine von Dritten im Namen und im Auftrage der Arbeiter vorzunehmende Aufkündigung ihres Dienstverhältnisses handelt, lehrt ein Fall, der wohl bis jetzt einzig in seiner Art dasteht, wo die Arbeiter vor dem Buchstaben des Gesetzes ins Unrecht gesetzt wurden, und wo gewiß keinem von ihnen, ja selbst nicht einmal einem Rechtskundigen so leicht der Gedanke kommen konnte, gegen die rechtsverbindliche Form der Aufkündigung verstößen zu haben.

Die Entstehungsgeschichte dieses Falles und der daraus entspringenden wichtigen, allerdings nicht endgültigen gerichtlichen Entscheidung ist folgendermaßen: Im Herbst des vorigen Jahres kam es in dem Gewerbe der Binnenschiffahrt zu einer Arbeitseinstellung, weil die beteiligten Gesellschaften die Forderungen ihrer Angestellten, der Boots- und Deckleute usw., nicht bewilligten. Vorher hatten die Arbeiter jedoch, wie es ja auch sonst üblich, praktisch, der friedlichen Erledigung der Differenzen förderlich und daher im öffentlichen Interesse lobenswert ist, durch ihren Sachwalter, den Vorsitzenden der Sektion der Binnenschiffer des Deutschen Hafenarbeiterverbandes, D. in Magdeburg, an die Unternehmer im Binnenschiffahrtsgewerbe ein Schreiben gerichtet, das in den Anfangssätzen wie folgt lautete:

Im Auftrage der in Binnenschiffahrtsbetrieben beschäftigten Boots- und Steuerleute, sowie der Maschinenisten und Heizer, erlauben wir uns, deren Wünsche und Forderungen, welche eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bezwecken, zur wohlwollenden Prüfung und Berücksichtigung zu unterbreiten.

Nachdem nun in diesem Schriftstück die „Forderungen und Wünsche“ einzeln angeführt worden waren, schloß sich unmittelbar hieran der Satz:

Sollten Sie wider Erwarten nicht geneigt sein, die vorstehenden Forderungen zu berücksichtigen, so ist das Arbeitsverhältnis am 15. Oktober als gelöst zu betrachten.

Die Forderungen der Arbeiter wurden aber von den Unternehmern nicht „berücksichtigt“. Die Folge davon war die Arbeitseinstellung am 16. Oktober. Vorgänge ganz der gleichen Art spielen sich, wie jeder weiß, im gewerblichen Leben auch in andern Berufen als dem in Rede stehenden oft genug ab, ohne daß es deswegen zu Prozessen wegen Kontraktbruchs kommt, wenn nur die gesetzliche Aufkündigungsfrist von den Arbeitern abgewartet wird. Wenn nun in diesem Falle die Vereinigten Elbischiffahrtsgesellschaften gegen ihre Angestellten klagbar wurden, so geschah es wohl deshalb, weil sie, entweder nach eigenem Dafürhalten oder von andern darauf aufmerksam gemacht, Zweifel in die Rechtsverbindlichkeit der bei ihnen eingereichten Kündigung legten. Es kam zu einer Klageerhebung vor dem Hamburger Gewerbegericht gegen hundert ihrer ausständigen Deckleute wegen Kontraktbruchs. Die Gesellschaften verlangten den Ersatz des ihnen aus der Arbeitseinstellung entstandenen Schadens, indem sie von je zwei Deckleuten als Gesamtschuldner vorläufig einen Betrag von 110 Mk. forderten. Sie wiesen in ihrer Klage darauf hin, daß nach den Personalschriften der Beklagten eine Kündigungsfrist von fünf Tagen besthe. Auch seien die Beklagten nach § 25 des Binnenschiffahrtsgesetzes, dessen Bestimmungen weder aufgehoben noch abgeändert worden seien, verpflichtet gewesen, nach dem Antritt der Reise bis zu ihrer Beendigung und bis zur Entloshung des Rahns in ihrem Dienst zu bleiben. Da es den genannten Gesellschaften nur um die Herbeiführung eines grundsätzlichen Entscheids zu tun war, so zogen sie die Klagen bis auf gegen zwei Deckleute zurück. Das Gewerbegericht wies sie mit ihrer Klage ab, worauf die Klägerin hiergegen Berufung beim Landgericht einlegte. Diese Berufung fiel zu ihren Gunsten aus.

Da dieser Prozeß, mag sein Ausgang sein wie er will, für die gesamte Arbeiterschaft ein großes Interesse und eine präjudizielle Bedeutung haben kann, und es auch nicht uninteressant ist, der deduktiven Methode des Berufungsrichters zu folgen, so lassen wir hier das Urteil des Landgerichts im Wortlaut folgen:

„Der Borderrichter (das Gewerbegericht) geht davon aus, daß das Zirkular (das Schreiben der Verwaltung Magdeburg) eine Kündigung enthalte. Dieser Auffassung kann nicht beigetreten werden. Zwar schließt das Zirkular mit dem Satz: „Sollten Sie wider Erwarten nicht geneigt sein, die vorstehenden Forderungen zu berücksichtigen, so ist das Arbeitsverhältnis am 15. Oktober als gelöst zu betrachten.“ Dadurch wird aber eine rechtswirksame Kündigung nicht erklärt. Die Kündigung muß dem Gefündigten in unzweideutiger Weise den Willen des Kündigenden erklären, daß das zwischen ihm und dem Gefündigten bestehende Rechtsverhältnis für einen bestimmten Zeitpunkt aufhören solle. An dem Erfordernis der Unzweideutigkeit der Erklärung mangelt es nun allerdings nicht in jedem Falle, wo die Kündigung unter einer Bedingung ausgesprochen wird, und man kann daher nicht sagen, daß regelmäßig die Kündigung, um wirksam zu werden, unbedingt sein müsse. Möglich ist es vielmehr, daß trotz der Bedingung die Kündigungserklärung so bestimmt bleibt, daß der Gefündigte klare Erkenntnis davon erhält, ob und wann nach dem Willen des Kündigenden das Rechtsverhältnis gelöst sein soll. Im vorliegenden Falle ist aber eine solche Bestimmtheit nicht vorhanden. In dem Zirkular werden den Arbeitgebern, wie es im Eingang heißt, Wünsche und Forderungen der Arbeitnehmer zum Zwecke der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur wohlwollenden Prüfung und Berücksichtigung unterbreitet. Schon hierdurch ist zum Ausdruck gebracht, daß es sich nicht in allen Punkten um Forderungen handelt, von welchen die Arbeiter auf keinen Fall abgehen zu wollen erklären, sondern um Vorschläge, welche seitens der Arbeitnehmer gemacht werden, und welche in der dann folgenden Begründung als berechtigt dargetan werden. Der Charakter des Vorschlags tritt auch in der Begründung klar zutage. Wenn dann nach der Begründung das Zirkular fortfährt: „Die Schiffsmannschaften sind der Ansicht, daß diese Forderungen von Ihnen nicht als unbescheiden bezeichnet werden können, und geben sich der angenehmen Hoffnung hin, daß dieselben Ihrerseits uneingeschränkte Anerkennung finden werden. Indes wir vorstehende Forderungen der Leute hiermit zu Ihrer Kenntnis bringen, erlauben wir uns zu bemerken, daß eine Verständigung im beiderseitigen Interesse liegen würde, und hoffen, bis 15. Oktober im Besitze ihrer geschätzten Antwort zu sein.“ so kann das gar nicht anders aufgefaßt werden, wie die Bitte, bis zum 15. Oktober zu erklären, welche Vorschläge angenommen werden, eventuell solche Vorschläge gemacht werden. Unmittelbar hieran schließt sich der oben zitierte Satz: „Sollten Sie wider Erwarten nicht geneigt sein usw.“ Daraus konnte der Arbeitgeber, welcher das Zirkular empfing, nicht entnehmen, ob der Wille der Arbeitnehmer dahin ging, das Arbeitsverhältnis aufzulösen, wenn der Arbeitgeber bis 15. Oktober sämtliche Vorschläge, sei es ausdrücklich oder durch Nichtbeantwortung, abgelehnt hätte, oder ob der Wille der Arbeitnehmer dahin ging, das Arbeitsverhältnis auch dann aufzulösen, wenn bis 15. Oktober ein Teil der Vorschläge von ihm angenommen, ein Teil abgelehnt oder mit Gegenanschlägen beantwortet war. Der Arbeitgeber konnte ferner aus dem Zirkular nicht entnehmen, ob das Arbeitsverhältnis nach dem Willen der Arbeitnehmer dann aufgelöst sein sollte, wenn nicht die sämtlichen Arbeitgeber im Binnenschiffahrtsgewerbe die Vorschläge annahmen, oder ob das Arbeitsverhältnis nur aufgelöst werden sollte, wenn der Empfänger die Vorschläge nicht annahm. Hierin lag die Kündigung inhaltlich nicht bestimmt und definitiv. Sie war daher nicht wirkungskräftig und für die Klägerin unbeachtlich. War eine rechtswirksame Kündigung nicht ausgesprochen, so ist auch kein Raum für die Genehmigung, und es kann hier dahingestellt bleiben, ob in dem

Momente, in dem der Borderrichter die Genehmigung findet, eine solche gefunden werden konnte, wenn eine Kündigung ohne Vertretungsmacht ausgesprochen wäre. Durch Zeugnis ist ferner bewiesen, daß die Beklagten nicht selbst gekündigt haben. Die Beklagten handelten vertragswidrig, als sie am 16. Oktober die Arbeit niederlegten. Zwar verstießen sie durch die Arbeitsniederlegung nicht gegen den § 25 des Binnenschiffahrtsgesetzes, wie der Borderrichter zutreffend ausführt, da diese Vorschriften durch Personalvorschriften abgeändert waren, aber sie verstießen gegen die für sie bindenden Personalvorschriften, durch welche eine fünfjährige Kündigung vereinbart war. Die Arbeitsniederlegung selbst stellt rechtlich eine unbefristete Kündigung dar. Zu dieser waren die Beklagten nicht berechtigt, und sie müssen daher der Klägerin den durch ihr vertragswidriges Handeln verursachten Schaden ersetzen. Die Höhe dieses Schadens wird dadurch begrenzt, daß die Klägerin so gestellt sein muß, als wenn ihr vom 16. Oktober an noch fünf Tage die Arbeitskraft der Beklagten zur Verfügung gestanden hätte. Von einer Mitschuld der Klägerin bei Entstehung des Schadens durch Nichtbeantwortung des Zirkulars kann keine Rede sein, da keine Rechtspflicht für die Beantwortung bestand. Für den Schaden hatten die Beklagten nicht als Gesamtschuldner, da es an den Voraussetzungen des § 840 des Bürgerlichen Gesetzbuches fehlt, weil keine unerlaubte Handlung vorliegt, und da auch die Voraussetzung des § 427 nicht vorliegt.“

Der bisherige Ausgang dieses Prozesses lehrt, daß, wie bereits eingangs angeführt worden ist, bei einer Aufkündigung des Dienstverhältnisses und, wie in diesem Falle, bei einer Massenkündigung, darauf Bedacht genommen werden muß, der andern Partei keine Hintertüren offen zu lassen. Das vermeidet man durch eine klare, präzise Ausdrucksweise. Daran lassen es wohl, wie dieser Fall beweist, die Funktionäre der Arbeiterorganisationen oftmals fehlen. Es erklärt sich dies zum Teil daraus, daß man beim Redigieren im Hinblick und im Interesse der Sache das löbliche Bestreben hat, Schärpen im Ausdruck zu vermeiden. Das darf aber nicht auf Kosten der Unzweideutigkeit der Willenserklärung geschehen. Wenn es z. B. bei einem Redner nicht so sehr darauf ankommt und kaum bemerkt wird, ob und wie er sich in seinem Vortrage einmal sozusagen im Ausdruck vergreift, so kommt es bei der Abfassung von Schriftsätzen sehr wohl auf den richtigen Ausdruck an. Ist es doch schon dagewesen, daß in einem bestimmten Falle einem Redakteur eines Arbeiterblattes die Nichtbeachtung der Gesetze der deutschen Grammatik verhängnisvoll wurde, indem durch eine unrichtige Anwendung des Modus Indisativ statt des Konjunktiv der betreffende Satz eine andere, ungewollte Bedeutung erhielt. Also, Vorsicht ist zu allen Dingen nötig. Solche Sätze, wie sie in dem Zirkular an die Unternehmer in diesem Falle enthalten waren, sollte man vermeiden. Da aber bei der Abfassung derartiger Schriftsätze weder Grammatiker noch Juristen mitwirken und daher das Wort nicht auf die Goldwaage gelegt werden sollte, so war das abweisende erstgerichtliche Urteil, das Urteil des Gewerbegerichts, vom Standpunkte des natürlichen Rechtsempfindens sehr wohl anzuerkennen.

Wenngleich auch nicht davon auszugehen ist, daß eine Kündigung, um rechtswirksam zu werden, regelmäßig ohne jegliche Bedingung sein muß, so sollte sie (die Kündigung) vielleicht erst nach einem abschlägigen Bescheid auf die Wünsche, Forderungen oder Bedingungen, die die Arbeiter an die Unternehmer gerichtet haben, separat, in einem besonderen Schriftstück eingereicht werden. Das richtet sich jedoch nach den besonderen Umständen. Wo es aber geschieht, da muß die Kündigung klar und unzweideutig sein und keinen Raum für solche Auslegungen bieten, wie sie in diesem Falle das Berufungsgericht in dem Schreiben der Arbeiter des Binnenschiffahrtsgewerbes an die Unternehmer gefunden hat.

Zur weiteren Verhandlung wird die Sache an das Gewerbegericht zurückverwiesen.

Wer kämpft mit zweifelhaften Waffen?

In der Berliner Marmorindustrie findet seit sechs Wochen ein erbitterter Lohnkampf statt, bei dem Polizei und Unternehmer ihre längst einstudierten und bekannten Rollen spielen. Die schneidige preussische Art, mit der die Polizeiorgane gegen die Streikposten vorgehen, ist nur eine Wiederholung dessen, was bei Streiks anderer Berufe schon des öfteren durch die Arbeiterpresse ging. Wir unterlassen es deshalb, die sprichwörtliche Schneidigkeit der Polizeiorgane durch Einzelaufzählungen zu beleuchten, der Raum unseres Organs müßte dann über Gebühr in Anspruch genommen werden. Im übrigen sind Drangsalierung und Behinderung durch die Polizei mit der Geschichte der Arbeiterbewegung so sehr verknüpft, daß irgendeine Affäre der Arbeiter ohne Polizei fast undenkbar ist, und hauptsächlich in der Reichshauptstadt. Einen heillosen Respekt haben die Vertreter der heiligen Germandad vor einem — photographischen Apparat. Verschiedene Aufnahmen von Streikposten mit energischen Hütern der Straßenordnung sind bereits gemacht und werden für die betreffenden Kollegen eine Erinnerung und ihren Nachkommen ein Beweis für das „gute“ Recht der Arbeiter sein.

Auch die Unternehmer und ihre Interessenvertretungen beobachten bei dem Marmorarbeiterstreik eine ganz besondere Methode, nämlich a la Münderhausen. Das Geschäftsamt der Deutschen Steinmetzgeschäfte, der Steinbildhauer und die beteiligten Unternehmer der Marmorindustrie selbst hantieren mit Behauptungen, die man auf deutsch als Lügen bezeichnen könnte. Ihre Absichten sind sehr durchsichtig, 1. will man die Bewegung der Marmorarbeiter als unberechtigt hinstellen und 2. sich als die Einsichtigeren, ja, Friedliebenden, die Arbeiter dagegen als die Verheßten hinstellen, die mit dem Kopf durch die Wand gehen. Als Beweis des bereits ausgeführten diene folgendes:

Der frühere Tarif war ordnungsgemäß gekündigt, und die Forderung seitens der Arbeiter lautete u. a. auf Abschaffung der Affordarbeit! Wer die Verhältnisse der Marmorindustrie Berlins kennt, den wird eine solche Forderung nicht wundern, denn die Einführung maschineller Einrichtungen, wodurch die gutlohnende Handarbeit mit der Maschine hergestellt, die schlechtlohnende aber von den Kollegen im Afford ausgeführt werden mußte, war einerseits die Veranlassung dieser Forderung, und maßgebend war ferner, daß in dem größten Marmorwerk am Ort die Lohnarbeit sowieso schon vorherrschend war. Die Verhandlungen scheiterten, weil die Unternehmer Verbehalten des alten Affordtarifs verlangten, ohne Erhöhung, sie boten Stundenlöhne, die bereits zum größten Teil bezahlt wurden. Das waren also die „Zugeständnisse“, womit die Unternehmer brillieren. Nach der Arbeitseinstellung verbannte das Geschäftsamt der deutschen Steinmetzgeschäfte schwarze Listen nebst einem Begleitschreiben, in dem folgende originelle Behauptung zu lesen war:

„Die Ausständigen verlangen Abschaffung der Affordarbeit und höhere Stundenlöhne, sowie 40 Prozent Zuschlag auf den Affordtarif.“

Also Abschaffung der Affordarbeit und 40 Prozent Zuschlag auf die abgeschaffte Affordarbeit! Welch merkwürdige Logik; eines drastischeren Ausdrucks wollen wir uns enthalten. Des ferneren hieß es in dem Begleitschreiben und in der Nr. 36 des Deutschen Steinbildhauer, den Marmorarbeitern sei in der Unterhandlung eine 15prozentige Erhöhung des Affordtarifs, 5 Pfg. auf den Stundenlohn für Steinmetzen und 7½ Pfg. für Schleifer geboten worden. Der fett gedruckte Satz ist eine dreifache Unwahrheit und die Stundenlöhne bedeuten nur eine Festlegung der teilweise schon bestehenden Entlohnung, also keine Verbesserung der bis dato bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen. Durch solche absichtlich gefärbte Mitteilungen verjücht man die Bewegung in Mißtrauen zu bringen. Derartige Notizen wirken auf Außenstehende irreführend. Gewiß waren einzelne Unternehmer zu verzeichnen, die bei der Arbeitseinstellung feilsche Beschränkungen hatten und in diesem Zustand alle möglichen Verprechungen machten. Wenn es den Unternehmern ernst war, nachdem die Beschränkung gewichen, hätten sie auch die Streikleitung gefunden.

Auf Grund der Notiz im Steinbildhauer Nr. 36 wandte sich die Streikleitung an die beteiligten Unternehmer und wies auf die Unrichtigkeit derselben hin; falls es aber Gesamtmeinung der in Frage kommenden Unternehmer sei, wären die Streikenden jederzeit bereit, zu unterhandeln. Die Absicht, die wir dabei hegten, war, daß die Unternehmer event. die Bekanntmachungen des Geschäftsamts und ihres Organs verleugnen, und so ist es auch gekommen!

Am 8. Oktober ging der Streikleitung auf ihren Brief folgende charakteristische Antwort zu:

„In Beantwortung Ihres Schreibens vom 4. d. teile ich Ihnen im Einverständnis und Auftrage der Firmen Aktien-Gesellschaft für Marmorindustrie, Rießer, R. Raucher, hier, W. Lasse, Steglitz, Deutsche Steinindustrie A.-G., mit, daß der Artikel im Steinbildhauer Nr. 36 nicht von uns ausgegangen ist. Welche Schlussfolgerungen Sie daran knüpfen, ist uns gleichgültig.“ (!)

Die gemachten Zugeständnisse sind:

für Steinmetzen	anstatt 67½ = 72½ (Wertstatt)
„ „	72½ = 77½ (Wau)
„ Schleifer	50 = 57½ (Wertstatt)
„ „	55 = 62½ (Wau).

Im übrigen bleiben sämtliche Bestimmungen des alten Tarifs bestehen.

Dann wurde noch in dem Briefe der Bauwau gespielt, indem kundgetan wird, daß die Zugeständnisse nur bis zum Montag, 14. Oktober, aufrecht erhalten werden und ab 15. Oktober die alten Lohnsätze wieder in Kraft treten. Und glauben die Unternehmer wirklich mit solchem Kraftmeiertum etwas ausrichten zu können? Na, glauben mögen sie es! Bei den Streikenden wirkt es nur auf die Lachmuskeln.

Der Deutsche Steinbildhauer mußte in Nr. 41 seiner Ausgabe eine Berichtigung der von uns gekennzeichneten Notiz bringen. Anfügend an diese Richtigtstellung hat er sich aus Versehen in zwei Mitteilungen als Abschwächung der Richtigtstellung beschreiben, die allerdings wieder eine Unwahrheit enthalten, so heißt es, daß eine Firma mit unserm Verbandsmitgliedern bei Ausbruch des Streiks vereinbarte, die neuen Stundenlohnsätze nur längstens vier Wochen zu zahlen, dann sollten die alten Affordpreise wieder Anwendung finden, und weiter wird ausgeführt, daß die Arbeitnehmer der betreffenden Firma sich damit einverstanden erklärten. Hier wird Vernunft Unsinn. Mit solchen Behauptungen führen die Unternehmer Kämpfe. Es muß schon schlecht um eine Sache stehen, wenn die Phantasie zu Hilfe genommen werden muß. Doch zur Beruhigung sei den Unternehmern mitgeteilt, daß die betreffende Firma die neuen Stundenlöhne unterschriftlich anerkannte, und die weitere Abmachung ging dahin, wenn später eine allgemeine Vereinbarung getroffen würde, dann gelte auch dieser event. Tarif für die Firma! So lautet es! Alles andre sind Lügen. Und wenn die Bewegung der Marmorarbeiter wirklich so ungünstig stände, warum dann das viele Geschreibsel seitens der Unternehmer? Hier ist der Wunsch Vater des Gedankens.

Der Lamentationen der Marmorwerke gegen die Möbelfabrikanten und ihren minderwertigen Produkten wird vielleicht in einem späteren Artikel gedacht!

Berlin. S.

Verdreungen.

In einem Blatte für die Interessen der Steinindustriellen lesen wir über die Granitbranche des Odenwaldes folgende, den Tatsachen widersprechende Angabe:

„Ein großer Streit (?), gelegentlich dessen zahlreiche Arbeiter ausgesperrt wurden (?), dauerte drei Monate, ohne daß die Streikenden ihre hohen Forderungen hätten durchsetzen können. Gegen Ende des Berichtsjahres wurden von einer Anzahl von Arbeitern wiederum derartig starke Lohn-erhöhungen verlangt, daß eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Der sozialdemokratische Steinarbeiterverband sucht fortgesetzt in einer so rigorosen Art und Weise seine Forderung durchzusetzen, daß das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer kein erfreuliches zu nennen ist. Im übrigen wurden während des Berichtsjahres zahlreiche Lohn-erhöhungen bewilligt und z. B. in gemeinsamen Beratungen ein Tarif ausgearbeitet, welcher bis Ende 1907 läuft.“

Es ist eine große Fünfkerei, wenn die Aussperrung bei Kreuzer u. Wöhringer zunächst zu einem Streit der Stein-arbeiter gemacht wird. Nein, unsere Kollegen stellen keine Lohnforderungen, sie wollten nur ihr Koalitionsrecht ausüben und nur deshalb erfolgte in recht rigoroser Weise die Aussperrung. Unser Verband geht nicht rigoros vor. Diese Agorosität finden wir nur bei den Unternehmern. Wenn zwischen uns und den Unternehmern ein gespanntes Verhältnis im Odenwald besteht, so sind wir daran ohne jegliche Schuld. Aber offen gestanden, die Wühlarbeit der Gegner hat unsrer Organisation wesentlich genützt.

Herr Köhler in Nöten.

Die Aussperrung in Meißen dauert nun bereits vier Monate. Herr Köhler dachte, er braucht bloß in die Hofaune zu blasen und dann kommen die Steinmetzen eiligst in seinen Betrieb. Die Agenten, die schweißtriefend in den abgelegenen Steinbruchdistrikten umhertrotzten, konnten als Resultat ihrer überbesslichen Bemühung für Herrn Köhler nicht einmal ein halbes Duzend Steinmetzen nach Meißen, wo Milch und Honig fließen soll, bringen. Welch klägliches Ergebnis war der Ertrag für all die aufgewendeten ungeheuern finanziellen Opfer, mit welder beschämendem Gefühl mußten wohl die Herren Agenten nach Meißen zurückkehren, wenn das praktische Ergebnis einer so immensen „Aufklärungsarbeit“. Leute für Köhler zu werben, gleich Null ist. Die strafende Gerechtigkeit zeigt sich so recht gegenüber dem Köhlerschen überreizten Vorgehen, indem er mit Aufwendung aller Kräfte der Beredsamkeit und der schriftlichen Darstellungsgabe keinen Steinmetzen zu engagieren vermag. Nun erscheinen auch im Bildhauer Inzerate, worin tüchtige Steinmetzen gesucht

werden, hoffentlich ist auch durch dieses Vorgehen das Resultat ein negatives.

Einem Steinmetzen im Fichtelgebirge schrieb die Firma folgendes:

Meißen, den 24. Sept. 1907.

An den Steinmetzen Herrn M. N. in S.
Durch meinen Werkmeister Bachwitz vernehme ich, daß Sie nicht abgeneigt sind, nach hier zu kommen, um die Arbeit bei mir aufzunehmen, und sollte es mir angenehm sein, wenn Sie Ihr Vorhaben ausführen und recht bald hier eintreffen wollten, weil ich Steinarbeiter einstelle, und wollen Sie sich darauf verlassen, dauernde und gut lohnende Beschäftigung hier selbst zu erhalten.

Ich unterbreite Ihnen, daß ich nur Leute einstelle, welche keiner Organisation angehören, weil, wie Ihnen der mitfolgende Aufruf besagt, ich mit organisierten Leuten schlimme Erfahrungen insofern gemacht habe, als dieselben bei jeder Geringfügigkeit streiken und ihren Mitarbeitern in meinem Werke und mir dadurch Schaden zufügen.

Ich bitte Sie, sich nicht abhalten zu lassen, und die Arbeit bei mir aufzunehmen, sofern Ihnen an einem guten Fortkommen gelegen ist, und bleibe ich Ihrer gefälligen Benachrichtigung gern erwartend, ob und wann Sie kommen werden.

Es verharret
Hochachtungsvoll
Meißner Granitwerk.
Dawald Köhler.

Hierzu: 1 Aufruf.
Unser Kollege verzichtete auf Engagement trotz des höflichen Stils, der im Schreiben zum Ausdruck gebracht ist. Wir rufen allen Steinarbeitern Deutschlands zu: Meidet die Köhlerschen Granitbetriebe!

Köhlers Agent in Ungarn.

Aus Budapest geht uns nach Redaktionschluß noch folgender Eilbrief zu:

Werte Kollegen!

Hiermit verständige Euch, daß hier in Ungarn ein Agent Steinarbeiter anzuwerben versucht für Köhler nach Meißen. Da er von uns mit seinem famosen Angebot heimgeschickt wurde und auf Anweisung überhaupt keine Aussicht mehr hatte, versuchte er noch hier im ungarischen Parteiblatt eine Annonce abzugeben, in welcher er 50 Steinarbeiter sucht. Aber so schlau, nicht mehr nach Meißen, sondern unter Angabe unbekannter Firmen suchte er nach Dresden und Pirna Steinarbeiter anzuwerben. Das ist ihm aber nicht gelungen, denn die Redaktion des genannten Blattes hat sich früher bei uns erkundigt über die Sache; dann wurde er auch von dort abgewiesen.

Es ist zu bemerken, daß er hier in Budapest niemanden anwerben konnte, denn der Geschäftsschlag ist hier noch sehr günstig und es gibt auch keine Arbeitslosen. — Jetzt wird er jedenfalls sein Glück in der Provinz versuchen, es wird ihm aber auch dort mißlingen, da wir es schon publiziert haben, der Herr Agent ist also gut signalisiert.

Mit kollegialem Gruß

Jg. Gröschl.

Überall finden die Köhlerschen Agenten mit ihrem Verbeswerden eine scharfe Zurückweisung, aber recht so. Die Folgen der verfügten Aussperrung rächen sich sehr bitter.

Wir hoffen, daß die internationale Solidarität der Steinarbeiter sich glänzend bewährt und daß aus dem Auslande kein Kollege zum Arbeitswilligen bei Köhler in Meißen wird.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Zur Krankenunterstützung.

Da die Beitragsbücher zur Krankenunterstützung nicht eingereicht sind, hat der Zentralvorstand zur leichteren und schnelleren Ueberblick über die erhaltene Krankenunterstützung einzelne Blätter anfertigen lassen, worauf die erhaltene Unterstützung seitens der Ortsverwaltungen eingetragen werden soll. Diese Blätter werden bei Krankmeldungen der Mitglieder in das Mitgliedsbuch hinten innen am Deckel eingeklebt. Bei Einsenden von Mitgliedsbüchern bei Krankmeldungen werden die Blätter an die Zahlstellen mitgefandt.

Bei Verrechnung der Krankenunterstützung mit der Zentralleitung müssen die Formulare 4 mit der Unterschrift der Revisoren versehen, eingesandt werden. Ohne Formulare 4 kann keine Krankenunterstützung verrechnet werden.

Krankenunterstützung wird nur gewährt, wenn die Extramarke geklebt sind. Bei etlichen eingesandten Büchern fehlten diese Marken.

Alle Geldsendungen sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Zeiser Straße 32, zu adressieren. Es ist stets anzugeben, für was das Geld verrechnet werden soll. Um Irrtümer zu vermeiden, ist es nötig, daß der Ortsstempel auf den Postabschnitt aufgedrückt wird.

Die Kassierer der Zahlstellen, welche Reiseunterstützung auszahlen, werden hierdurch nochmals besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Unterstützung nur in Zeiträumen von zwei Tagen und am Fälligkeitstage auszugeben ist (siehe auch Statut § 5 Abs. 4 auf Seite 6).

Fragebogen betreffend. Die mit der letzten Nummer versandten Fragebogen sind bis jetzt recht spärlich eingegangen. Wir ersuchen dringend, daß die Bogen unverzüglich ausgefüllt und eingesandt werden. Wir meinen, die Ausfüllung des Fragebogens muß für jeden Vertrauensmann eine Leichtigkeit sein.

Demnächst wird in einem Wiener Verlag die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung erscheinen. Das Buch wird 400 Seiten stark und kostet der Band, sobald unser Verband eine größere Anzahl Exemplare bestellt, bloß 2 Mark. Wer von unsern Kollegen das Buch bestellen will, hat dies sofort dem Zentralvorstand mitzuteilen.

Gauleiterposten zu besetzen.

Der derzeitige Gauleiter in Mannheim, Kollege Kraft, hat seine Stellung zum 1. Januar 1908 gekündigt. Wir schreiben somit den neu zu besetzenden Posten zur allgemeinen Bewerbung aus.

Von dem Anzustellenden wird verlangt, daß er rednerisch befähigt und insbesondere in schriftlicher Beziehung völlig fit ist. Der Gauleiter muß auch die vier Grundrechnungsarten gewandt beherrschen, um die Bücher in den Zahlstellen jederzeit gründlichst revidieren zu können. Schriftgewandtheit ist deshalb unerlässlich, um Flugblätter, Eingaben an die Unternehmer und Behörden jederzeit einwandfrei herstellen zu können.

Die Tätigkeit des Gauleiters bringt es mit sich, daß er in der Gewerbeordnung, dem Vereinsgesetz und der gesamten sozialpolitischen Gesetzgebung und diesbezüglichen Literatur ein großes Maß von Wissen besitzen muß, um den Verbandsmitgliedern gegenüber jederzeit belehrend zur Seite stehen zu können.

Daß der Gauleiter ferner in unserm sehr komplizierten Tarifwesen gründlichst bewandert sein muß, ist eine unerlässliche Voraussetzung zur völligen Ausfüllung eines solchen Postens.

Bewerber haben bis zum 2. November 1907 eine schriftliche Arbeit über die Aufgaben eines Gauleiters einzureichen und an Unterzeichneten einzufenden. Der Gewählte wird vor Eintritt seines Postens 14 Tage im Hauptbureau informativ beschäftigt. Das Gehalt des Gauleiters beträgt 1800 Mark pro Jahr und 100 Mark Wohnungszuschuß. Umzugskosten werden vergütet.
Paul Starke, Vorsitzender.

Die Ferienzeit der Steinmetzen.

Der Sommer ist zur Reize gegangen, der düstere Herbst ist ins Land gezogen. Die Dunkelheit bricht schon recht frühzeitig herein und die empfindliche Kühle der Abende bereitet schon merklich den großen Winterschlaf der Natur vor. Wie alljährlich um diese Zeit geht die Bauzeit ihrem Ende entgegen, und unsere Kollegen werden in die Ferien geschickt, um von der anstrengenden und ungesunden Arbeit, die sie verrichtet haben, sich zu erholen — und sich neue Kräfte für die nächste Saison zu sammeln. Freilich sind das nun keine solche Ferien, wie sie mancher Unternehmer und Kapitalist auf unsere Unkosten diesen Sommer verlebt hat. Er konnte es sich auch erlauben, denn seine Arbeiter im Steinbruch oder die Gehilfen auf dem Werplatz hat er bis auf das äußerste ausgenutzt, und von diesem Gelde konnte er eine schöne Vergnügungszweife machen; überdies litt ja sein Betrieb während seiner Abwesenheit keinen Schaden, dafür sorgten die schneidigen Werkmeister und Poliere.

Ganz anders aber ist es bei unsern Kollegen, wenn ihre Saison beginnt. Schon nach der Arbeitsentlassung hält Meister Schmalhans in den Haushalt seinen Eingang, wie soll das auch anders kommen, wenn man Familienvater ist und schließlich schon im Sommer einige Wochen außer Arbeit war. Da werden die Herren Unternehmer sagen, hättet ihr gepart. Aber von was, danach wird nicht gefragt.

Nun, die können sich eigentlich glücklich nennen, die noch nicht verheiratet sind, aber auch sie haben ihr Los zu tragen, denn sie müssen meist auf Wanderschaft, ja sie reisen hin und her durch die Lande, und was das bedeutet, wissen die reisenden Kollegen am besten. Aber die allglücklichsten sind die, welchen es vergönnt ist, während der Winterzeit zu arbeiten, Verheiratete so wie Ledige.

Frägt man sich aber nun, was treiben denn unsere in Arbeit stehenden Kollegen an den langen Winterabenden? Der eine hält die Arbeiterzeitung, wenn es ihnen vergönnt ist nebenbei noch eine andre; aber es gibt leider noch sehr viele, die ziehen sich die sogenannten Schundromane vor und lesen sie; an sonst etwas anderem, was ihnen nützlicher wäre, haben sie kein Interesse. Auch bekommen wir ja unsern Steinarbeiter, wie viele gibt es aber, die im Sommer denselben nicht genügend beachten. Der Steinarbeiter ist die beste Waffe, es steht doch mancher Lehrschreier Artikel darin für unsere Kollegen, der uns wieder anspricht zum neuen, fröhlichen Arbeiten für das kommende Frühjahr. Und droht uns der Winter auch noch so sehr, mit trügerischen Gebärden, und schmeißt er Schnee und Eis umher, es muß doch Frühling wieder werden.
Hugo Thälheim.

Korrespondenzen

Düsseldorf II. Am Sonnabend, den 12. Oktober, tagte im Lokale Berner eine außerordentliche Versammlung der Marmorarbeiter, welche mit Ausnahme der belgischen Kollegen sehr gut besucht war. Der erste Punkt erstreckte sich auf die neue Vorstandswahl und wurde nach eingehender Debatte der alte Vorstand vorläufig auf seinem Posten belassen. Sodann gingen wir zur Wahl von Bezirkskassierern über. Nach längerer, lebhafter Debatte wurde beschlossen, die früheren, alten Kassierer wieder zu nehmen, da doch durch den Streit sich vieles verändert hätte und es neuen Bezirkskassierern schwer würde, sich gleich in alles so recht einzuarbeiten. Auf Anfrage des Vorsitzenden, ob die alten Kassierer gewillt wären, den Posten wieder zu übernehmen, antworteten sämtliche mit Ja. Sodann machte Kassierer Tenbusch die Quartals- und Streitabrechnung bekannt, welche durch den Revisor Faure für richtig befunden worden ist. Dem Kassierer Tenbusch wurde einstimmig Decharge erteilt. Im Punkt Verschiedenes entspann sich betreffs der Artikel im Steinarbeiter eine äußerst lebhaft Debatte. Durch den Satz in der vorderen Rubrik sind wir sehr geschädigt, denn eine ganze Zahl Kollegen läuft noch herum ohne Beschäftigung. Tatsache ist allerdings, daß in der Maffshauerbranche etwas erreicht worden ist. Aber eine andre Tatsache ist es auch, daß in sehr vielen Betrieben die Kollegen sich beinahe verschlechtert haben. Betont sei noch, daß wir einen festen Arbeitsvertrag erreichten. Eine scharfe Resolution, welche sich gegen die Schreibweise der Redaktion wandte, wurde angenommen.

Groß-Hartmannsdorf. Da uns durch allerlei Machinationen seitens des Unternehmertums in Hartmannsdorf das Lokal abgetrieben wurde, ist eine Versammlung nach Neu-Warffau zu Herrn Wendrich einberufen worden. Trotzdem die Kollegen von Hartmannsdorf einen über eine Stunde weiten Weg zurücklegen mußten, waren sie vollzählig erschienen. Bemerkenswert ist, daß wieder ein Vertreter des Unternehmers es versucht hatte, uns das Lokal abzutreiben. Diesmal war es ein Herr Dienst. Unter allen Vorwänden schlängelte er sich an den Besitzer des Lokals heran, um denselben zu bewegen, uns das Lokal zu verweigern. Als aber alles nichts half, griff er zu Drohungen (um den Wirt einzuschüchtern): wir wären robust und würden ihm schließlich das Lokal demolieren. Hu, hu! Schließlich hat sich Herr Dienst von der Frau des Lokalinhabers eine Abfuhr geholt, die ihm hoffentlich immer in Erinnerung bleibt, wenn er es wieder versuchen sollte, den Arbeitern die Säle abzutreiben. Herr Dienst besaß sogar die Dreistigkeit, trotzdem nur eine Steinarbeiterversammlung angemeldet war, sich im Versammlungslokal breitzumachen. Er wurde aber, als die Versammlung eröffnet wurde, vom Vorsitzenden unter großem Beifall hinausgewiesen. An Stelle des verhinderten Gauleiters Lohse nahm Kollege F. das Wort. Der reiche Beifall bewies, daß er den Kollegen aus dem Herzen gesprochen hatte. Die schauerhaftesten Zustände wurden in der Versammlung zutage gefördert. Es wurde schließlich eine Kommission gewählt, die bei den Unternehmern vorstellig werden sollte, um die Lohnreduzierung rückgängig zu machen. Dann wurde die Versammlung, die von weit mehr als 100 Mann besucht war, geschlossen.

Nachschrift. Der Kommission, die bei dem Betriebsführer vorstellig wurde, ist der Bescheid zuteil geworden, daß man wieder etwas zulegen wollte, nämlich 2 Pfg.; er wolle einen Stundenlohn von 27 Pfg. bezahlen, also es ist immer noch ein Lohnabzug zu verzeichnen. Daß unsere Kollegen mit diesem Lohn nicht zufrieden sein konnten, ist wohl etwas Selbstverständliches. Werden doch in den umliegenden Brichen, wie Warffau, Hokenau, Deutmannsdorf für Brecher 45 und 48 Pfg. Stundenlohn bezahlt. Sämtliche Arbeiter des Betriebes verlangten ihre Papiere; in einem solchen Eldorado wollten sie nicht länger bleiben, und suchten sich anderweitig Arbeit. Nun kann ja Herr Pralle den Betrieb ein Jahr lang stilllegen, wie er es durch Ausschlag bekannt gemacht hat, denn treu ist ihm kein einziger geblieben. Durch eine solche Behandlung, die den Arbeitern in diesem Betriebe zuteil geworden ist, werden auch dem Rückständigsten die Augen geöffnet. Wie bekannt dieser Betrieb schon sein muß, geht am besten daraus hervor, daß trotz aller Annoncen in bürgerlichen Blättern sich bis jetzt noch kein einziger gefunden

hat, der diesen hohen Lohn verdienen will. Jetzt sind noch zwei Werbeapostel losgelassen worden, um Arbeiter heranzuziehen. Kollegen, gebt ihnen überall die richtige Antwort. Wie es übrigens mit der Betriebskillegererei aussieht, geht am besten daraus hervor, daß ein großer neuer Ofen gebaut wird. Oder wollen gar die Herren vom Stahlwerk Hartmannsdorf diesen Ofen als Parade aufstellen? Uns soll es recht sein, die Arbeiter lassen sich nicht um ihre Rechte bringen.

Langensalza. Da die Firma R. Leisch-Berlin es verstanden hat, den Tarif zu hintergehen, so kam es am 10. Oktober zu einer Arbeitsniederlegung. Erstens handelte es sich um geschliffene Arbeit, welche bis dato im Tagelohn, jetzt aber im Afford angefertigt werden sollte. Zweitens um den Vorrprung, welcher laut Tarif bis 7 Zentimeter ein Glied, darüber als Fläche zu berechnen ist. Der Herr Bremer war so findig, den Vorrprung auf 8 Zentimeter zu erweitern und als Fläche zu bezahlen, in Wirklichkeit war er laut Zeichnung nur 5 Zentimeter, also als Glied zu berechnen, welches für uns eine Differenz von 18 Pfg. pro laufenden Meter war. Drittens handelte es sich um Gewändebänder, die stets zusammen gemacht und dann durch Lehrlinge geschrotet und fertiggestellt wurden, um somit die Position, wonach Stücke unter 50 Zentimeter immer zu 50 Zentimeter berechnet werden sollen, zu hintergehen. Die Kollegen wurden dadurch gezwungen, Vubenrecht zu machen, um ihre Rechte zu behaupten. Herr Bremer stellte nun auf den Standpunkt, daß er im vollen Rechte sei, und zwang die Kollegen durch sein grobes Gebaren, den Platz zu verlassen, um im Verkehrslokal das Vubenrecht weiterzuführen. Es wurde nun eine Kommission vorstellig, doch kam selbige zu keinem Resultat und wurde mittags die Arbeit niedergelegt. Es erklärten sich sofort die Bosslerer und Brecher mit uns solidarisch. Da die Verhandlungen mit Herrn Bremer gescheitert waren, fühlten sich die Kollegen verpflichtet, die Firma selbst zu benachrichtigen, ebenfalls den Gauleiter, sowie den Zentralvorstand. Am 12. Oktober fand dann eine Verhandlung der Kommission mit dem ersten Geschäftsführer von Berlin statt; wo die drei Punkte bewilligt wurden. Da aber die Kollegen durch das herausfordernde Benehmen des Herrn Bremer schon öfters zur Arbeitsniederlegung gezwungen waren, wurde beschlossen, die versäumte Zeit bezahlt zu verlangen, um dem schroffen Vorgehen des Herrn Bremer endlich ein Ende zu bereiten. In dieser Forderung scheiterte die erste Verhandlung. Es fand dann nachmittags im Beisein des Gauleiters sowie des Kollegen Walter vom Zentralvorstand eine weitere Verhandlung statt; wo sich der erste Geschäftsführer nach längerem Verhandeln herbeiließ, uns den ersten Tag der Arbeitsniederlegung zu vergüten. Die Kommission unterbreitete das Angebot den Geschäftsführer der Kollegen. Dieser Vorschlag wurde nach längerer Diskussion mit 34 gegen 8 Stimmen angenommen. Dadurch ist die Sache beigelegt. Hoffentlich zieht der Herr Bremer die Lehre daraus, weiterhin richtig nach Tarif zu bezahlen und sein Benehmen seinen Arbeitern gegenüber zu ändern. Nur durch das geschlossene Zusammenhalten sämtlicher Kollegen sind wir nach kurzem Kampfe zu dieser Einigung gekommen.

Sonderbad (Odenwald). Angenehm ist es nicht, bei der Firma Fr. Glientberg zu arbeiten. Die Kollegen müssen immer auf den verdienten Lohn lauern. Welche Unannehmlichkeit dies ist, braucht nicht weiter betont zu werden. Wir empfehlen, bei der Arbeitsannahme dort sehr vorsichtig zu sein. Die Organisation macht hier sehr schöne Fortschritte; es ist beinahe der letzte Mann organisiert. Die Zeiten sind im Odenwald vorbei, wo der Verband an die Wand gedrückt werden kann.

Rundschau.

Eine Frucht des Essener Parteitag. Der Fabrikarbeiterverband in Bernburg, zirka 500 Mitglieder zählend, beschloß einen Sozialbeitrag von monatlich 5 Pfg. für Saalmiete zu erheben. Das macht pro Jahr bei 500 Mitgliedern eine Summe von 300 M. aus. Dafür erhalten die Mitglieder einen von jedem Ausschank freien Saal. Es darf überhaupt nicht serviert werden. Für die Mitglieder sind monatlich 5 Pfg. Zehrlosten gemäß auferordentlich wenig. Auf diese Weise wird die Saalmiete auch von denen mitbezahlt, die nicht zur Versammlung kommen.

Es freut uns herzlich, daß die Essener Resolution schon so schöne Früchte zeitigt.

A.-G. für Marmorindustrie Kiefer in Kiefersfelden. Für 1906/07 ergab sich einschließlich Gewinnvortrag ein Reingewinn von 80 994 M., gegen 71 640 M. im Vorjahre. Er soll folgende Verteilung finden: Zu 6 Prozent (im Vorjahre 5 Prozent) Dividende 42 000 M., 10 000 M. (wie i. V.) der Dividendenreserve, ebenfalls 10 000 M. (wie i. V.) dem Personalexigengfonds, 7884 (6873) M. zu verträglichem Anteilern und 11 310 (9765) M. zum Vortrag auf neue Rechnung.

Die Herren Aktionäre können also mit der Posse nicht mehr operieren, das Werk sei konkurrenzunfähig. Auch für die Zukunft haben sie gesorgt, indem eine ansehnliche Dividendenreserve geschaffen wurde. Kollegen von Kiefersfelden, merkt euch das.

Submissionsschutz. Zu einem Fabrikneubau in Luttlingen war eine Aestulapfigur in Savonnierstein, 2,46 Meter hoch, 1,14 Meter breit und 40 Zentimeter dick in Relieforn zu liefern. Eine Firma aus Stuttgart forderte 1190 Mark, eine Firma aus Oberarnstadt verlangte 1100 Mark, während eine zweite Stuttgarter Firma die Aestulapfigur schon für 620 Mark anzufertigen in der Lage war.

Es wird immer verrückter mit der gegenseitigen Unterbietung. Bemerk sei, daß die billige Firma sofort den Zuschlag erhielt.

600 000 Unfälle jährlich. Auf dem internationalen Kongress für Hygiene und Demographie berichtete Geheimrat Hartmann-Berlin über die gewöhnlichen Unglücksfälle. Er wies auf die Tatsache hin, daß wir in Deutschland immer noch jährlich mit mindestens 650 000 Unfällen in der Industrie zu rechnen haben, von denen mehr als 140 000 als entschuldigungs-pflichtig anerkannt werden. Daß ein Teil dieser Unfälle vermeidbar ist, lehrt die Statistik: Bessere Betriebsführung, Sicherheitsvorrichtungen an den Maschinen und vorichtiges Verhalten der Arbeiter können die Unfallziffern erheblich herabdrücken. Der Referent meinte, daß die heutige Ueberwachung der Betriebe nicht ausreicht und dringend der Verbesserung bedürfe. Auch eine weitere Verbreitung von Kenntnissen auf dem Gebiete der Unfallverhütung sei notwendig und erfolgversprechend. In der Diskussion stimmten Vertreter aller Nationen diesen Ausführungen bei; dabei wurde auf die beachtenswerten Erscheinungen hingewiesen, daß in industriell noch wenig entwickelten Staaten, wie z. B. Ungarn, die Unfallziffer relativ sehr hoch steht. Einige Redner wiesen mit Recht darauf hin, daß eine Hebung der Arbeiterintelligenz durch die Organisationen der Arbeiterschaft die beste Gewähr für eine allmähliche Verminderung der Unfallziffern bilde. Aber auch hier wurde bemerkt, daß in den Gewerben mit den höchsten Unfallziffern die Unternehmerschaft den Arbeiterorganisationen gerade die meisten Schwierigkeiten bereite.

Zwei Inschriften. Ein Haus in der Schönbrunner Straße in Wien trägt zwei Inschriften:
„Gott schütz und segne dieses Haus
Und alle die da gehen ein und aus.“
Daranter steht:
„Weteln und Hausieren ist bei Arretierung verboten!“
So will es das Christentum.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Miltzenberg. Alle diejenigen Steinmetzen, welche von Miltzenberg nach auswärts gehen und keine Ausweis über ihre Organisation haben, sind laut Statut (siehe Seite 4, Abs. 6) zu behandeln. Diese Kollegen erkennen den Verband nur an, wenn sie ihn notwendig gebrauchen. — Die Mitglieder-Versammlung findet von jetzt ab jeden Sonntag im Monat, morgens von 10—12 Uhr, in der Brauerei Keller statt. Der Vorstand.

Emmendingen. Das Mitglied Albert Siegler hat sein Verbandsbuch, welches in vollster Ordnung ist, hier liegen gelassen. Siegler mag seine Adresse einleihen. Joseph Gönner, Neustraße.

Metz. Das Verbandsbuch des Kollegen Peter Höhn aus Kaiserslautern ging verloren. Vor Mißbrauch wird gewarnt.

Adressen-Änderungen.

Chemnitz-Gablenz. Kass.: Bruno Reichold, Kanstr. 56, II. Die Reiseunterstützung wird jeden Abend von 6—7 Uhr in der Reichsstraße, Hainstraße, oder auf dem Werkplatz Richter, Annaberger Str. 252, ausbezahlt.

Fladung-Löwenberg. 1. Vorl.: Eduard Jüttner, Löwenberg i. Schleib., Markt 112.

Mühlhausen (Elßaß). Vorl.: Otto Dillert, Velforter Str. 44.

Münster (Westfalen). Kass.: Franz Brodmeier, Mauritzstraße 7-8. Reiseunterstützung wird mittags von 12—1 Uhr und abends von 7—8 Uhr ausbezahlt.

Neue Zahlstellen.

Hartmannsdorf (2. Gau). Vorl.: Jof. Fäßer, Neu-Warthau bei Bunzlau. Kass.: Gustav Hilscher, Hartmannsdorf.

Kleinrinderfeld (11. Gau). Vorl.: Burkhard Rügemer. Kass.: Franz Geißler.

Langen-Altheim, Post Rappenheim (11. Gau). Vorl.: Friedr. Eßlinger. Kass.: Johann Chr. Schwab.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 7. bis mit 12. Oktober.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Krankens- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate, X. = Extrafuer.)

Eppingen, B. 21.66, E. 1.50, K. 1.10, M. 9.70; Geirees, B. 115.50, E. 10.50, K. 3.10, X. 23.—; Heibingsfeld, B. 121.90, E. 1.—, K. 1.70, X. 64.50; Hall, B. 44.10, E. 5.—, K. 1.40, X. 24.50; Königshain, B. 61.94, E. 1.50, K. 2.90, M. 0.40, X. 21.50; Mannheim, B. 187.05, E. 4.50, K. 5.90, M. 0.35, X. 182.—; Mühlheim, B. 32.20; E. 1.—, K. 0.40, X. 18.50; Ohsenfurt, X. 27.—; Springe, X. 62.50; Tittling, B. 90.44, E. 1.—, K. 4.70, X. 32.—; Dahme, B. 2.75; Rodlasy, B. 3.95; Eggensfeld, B. 5.90; Bernburg, B. 5.—; Mühlhausen i. Elß. X. 166.65; Berlin I, X. 138.—; Oberlungwitz, B. 35.72, K. 0.40, X. 10.50; Zweibrücken, B. 63.—, X. 13.50; Worms, B. 65.78, X. 27.—; Wunsiebel, B. 213.78, K. 1.80, X. 87.—; Ulm, B. 29.90, E. 1.25, M. 0.35; Reiffenhausen, B. 84.—, K. 12.—, X. 24.—;

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Versammlungen im Bezirk Wurzen.

Kobershain. Sonnabend, den 19. Oktober, im Gasthaus des Herrn Betz. Tagesordnung: Positive Leistungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ihre Kulturbestrebungen.

Collmen. Sonntag, den 3. November, Distrikts-Versammlung. Thema: Die Verkürzung der Arbeitszeit in der Granitindustrie und die kulturelle Bedeutung für die Arbeiter. Referent in beiden Versammlungen Kollege Staudinger.

Kollegen! Unsere Zahlstelle zählt über 600 Mitglieder, sorgt deshalb für Massenbesuch, jede Versammlung muß überfüllt werden. Die Bezirksleitung. J. A.: Noack.

Baugewerksmeisterschule

Maurermeisterschule, Tiefbautechnikerschule, Strassenbautechnikerschule, Wasser- u. Brückenbautechnikerschule, Kultur- u. Wiesenbautechnikerschule, Bautechnikerschule, Architekturzeichnerschule, Polierschule, Steinmetzmeisterschule, Stukkateurschule.

Diese 11 Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld umfassen in streng method., unübertroffener einfacher und klarer Weise dasjen. Wissen, das in techn. Fachschulen gelehrt wird u. dessen man zur Erlangung höherer Stellen bezw. Ablegung einer Prüfung bedarf. Jede Schule erscheint in Lieferungen à 60 Pfg. Ansichtsendungen, Prospekte und Anerkennungs schreiben gratis u. franko. Bonness & Hachfeld, Potsdam. K. 2.

Hobelbandstahl in vorzüglichster Qualität.

Harte Steinbauerbleistifte

echt Rehbach'sches Fabrikat

Steinbauerbesen mit und ohne Griff, aus bestem Material

empfiehlt zu billigsten Preisen

Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. S., Bernsdorfer Str. 32.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort.

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Jacketts, Hosen

Emil Keidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101.

Adresse gesucht! Der Steinmetz Johann Maid, früher in Cloppenburg, mag sofort wichtiger Angelegenheiten wegen seinen jetzigen Aufenthalt der Redaktion des Steinmetz bekanntgeben.

Raboldzell, E. 4.—, M. 0.50; Röhrlingen, B. 168.30, E. 0.50, K. 6.80, X. 76.—; Münster, E. 7.50, K. 1.20, M. 0.55, X. 17.—; Einbeck, B. 29.90, K. 1.10, X. 0.50; Ludwigshafen I, B. 16.80, K. 2.70, X. 48.—; Hohenau, K. 20.—, X. 125.—; Hamburg I, B. 460.—, K. 30.—, X. 150.—; Gelnhausen, X. 75.—; Elmstein, B. 14.70, K. 2.05; Erstein, B. 43.70, K. 2.—; X. 8.—; Essen, K. 20.—, X. 250.—; Duisburg, B. 69.—; Büchelberg, B. 8.40, K. 3.60; Braunschweig, B. 82.34, E. 1.—, K. 1.50, X. 20.50; Baumholder, B. 67.16, E. 6.50, K. 1.40, M. 5.05, X. 17.—; Baugen, B. 126.—; X. 58.—; Bamberg, B. 79.80, E. 2.50, K. 2.70, X. 15.—; Beucha, B. 682.50, E. 16.—, K. 25.—, X. 250.—; Aue, B. 420.—, E. 1.50, K. 5.—, X. 250.—; Bühlertal, B. 81.90, E. 0.50; Dresden, B. 1150.—, K. 74.60; Fachsenbach, B. 197.82, K. 7.20, X. 50.—; Gotha, E. 1.50, K. 8.—, X. 5.50; Hartmannsdorf, B. 24.70, E. 10.—, K. 2.55; Kindsch, B. 44.94, K. 0.10; Blauen, B. 69.—, K. 10.—, X. 15.—; Rütthen, B. 92.—; Ströbel, B. 703.38, E. 4.50, K. 18.80, X. 35.—; Trennfurt, B. 42.—, K. 10.—; Straßburg, B. 460.—, X. 100.—; Wilschelsburg, B. 20.—; Langen-Altheim, B. 6.72, E. 8.—; Wilsberg, B. 71.40, E. 5.—, K. 3.40, X. 13.—; Schopp, B. 39.90, K. 0.10; Rothenburg, B. 207.—, M. 1.75, X. 83.50; Weifen II, B. 210.—, X. 27.—; Kiel, B. 230.—, E. 7.50, M. 1.—, X. 4.—; Rothenburg (O.-S.), B. 3.95; Giffen, B. 3.80; Sütschenbach, B. 89.68, K. 0.80, X. 6.—; Mühlhausen, B. 2.20, K. 9.80, X. 93.—; Osnabrück, B. 46.—; Springe, B. 34.75, E. 2.—; Wenig-Radwih, B. 230.—, E. 1.—, M. 0.60, X. 18.—; Sena, B. 92.—, E. 3.—, M. 1.—, X. 28.—; Chemnitz, B. 161.—, E. 0.25, M. 2.—, X. 128.50; Bunzlau, B. 147.75, K. 25.50, X. 8.—. Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

Ludwigshafen I. Es sei sehr gern konstatiert, daß eure Zahlstelle die 2. Quartalsrechnung einsandte; nur durch ein Versehen geriet Ludwigshafen I unter die Postanten.

Blauen. Die Steinmetzen Leißner und Walter haben sich ja selbst außerhalb des Rahmens der Organisation gestellt. Eine Extra-Rundbogen ist deshalb nicht vonnöten. Viele Grüße.

Ober-Weilau. Die Erwerbslosen-Marken sind auch für die Dauer einer militärischen Uebung zu entrichten. Natürlich sollen damit die Reserve- und Landwehrübungen gemeint sein.

Noth am Sand. Die Versammlung fand am 5. September statt. Der Bericht darüber ging am 14. Oktober hier ein. Wir müssen den Bericht leider ablehnen.

Markneukirchen, Niedel. Deine Zeitung liegt der Sendung an den Kollegen Göde bei.

Pilgramsdorf. Wir müssen den Tarif haben, auf dem Fragebogen ist das extra vermerkt. Bitte nachsenden!

Treuen, E. Wenn weiter nichts vorliegt, ist kein Grund zum Ausschluß vorhanden.

H. A. Dieser Erpressungsversuch prallt bei uns völlig ab. Die Methode, wie dort operiert wird, kennen wir zur Genüge.

Höban, S. Wird das nächste mal berücksichtigt, die Expedition war schon fertiggestellt. Besten Gruß!

Kiel. Wenn Berichte Aufnahme finden sollen, dann muß die Einbindung eher erfolgen.

Konstantinopel, Raub. Warum gibst du keine nähere Adresse an? Hoffentlich sind die Zeitungen eingetroffen. Laß mal über die dortigen Berufsangelegenheiten etwas hören. Besten Gruß.

Reclams Universalbibliothek

pro Band 20 Pfg.
Kataloge in jeder Buchhandlung zu haben. Hauptverlag Leipzig, Inselstraße.

Steinhauer und Schleifer

für dauernde Arbeit können eintreten
Granitwerk Frohmann & Co.
Reinheim (Hessen).

Tüchtige Maschinen- und Hand Schleifer

finden dauernde Beschäftigung.
Granit- und Diabas-Werk Baumholder
Baustation Heimbach (Rheh).

Steinmetzgeschäft

mit Steinbruch, Sandwerkzeug, Haus, Garten, seit 30 Jahren flott betrieben, verkaufe wegen Tod meines Mannes, bei 9000 M. Anzahlung. Näheres unter R. L. 6 postlagernd Dessau.

Tüchtige Marmorschleifer

werden bei hohem Afford und lohnender Beschäftigung sofort gesucht.
Marmorwerk F. John & Sohn, Leipzig.

Todesanzeige.

Am Sonntag, den 13. Oktober, starb mein lieber, unvergesslicher Mann, unser herzensguter, treusorgender Vater, der Steinmetz

Wilhelm Linden

nach langer schwerer Krankheit im fast vollendeten 42. Jahre.
In tiefer Trauer
Jever. Frau M. Linden und Kinder.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

Dresden. Am 8. Oktober starb im Alter von 88 Jahren unser Kollege Paul Adolf an der Schwindsucht.

Birna. Am 7. Oktober verstarb im Alter von 27 Jahren unser Kollege Max Schöne aus Klein-Gotta an der Lungenschwindsucht.

Kochitz. Am 9. Oktober verstarb im Alter von 40 Jahren unser Kollege Robert Türke an der Lungenschwindsucht.

Sakisch. Am 12. Oktober verstarb im Alter von 54 Jahren unser Kollege Joseph Klička an der Berufskrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.

Verlag von Paul Starke in Leipzig.

Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Wirtschaftliche Rundschau.

Quartalschluß, Reichsbank und Börse — Eisengewerbe, Ausfuhr und Preisabwärtung — Maschinenbau, Textilindustrie — Braunkohle, internationale Bohrergesellschaft.

Der Geldmarkt hat die kritische Vierteljahrswende vom September zum Oktober verhältnismäßig gut überstanden; das heißt: die großen europäischen Zentralbanken brauchen diesmal nicht, wie sonst so oft um die gleiche Zeit, zu einer Diskonterhöhung zu greifen. Aber von ruhigen, normalen Verhältnissen ist deshalb durchaus keine Rede. Beispielsweise ist die Deutsche Reichsbank in der Woche zwischen dem 23. und 30. September um 554,42 Millionen Mark geschwächt worden, so daß an Stelle einer steuerfreien Notenreserve von 41 Millionen Mark im Handumdrehen eine Steuerpflicht von 513,38 Millionen Mark trat.

Trotzdem benutzte die Börse die zuberückgekehrten Mitteilungen und Stimmungen von der letzten Septemberwoche, vor allem in Kohlen-, Eisen- und Bankwerten, zu einer Kursstreberei, die jedoch Anfang Oktober bereits wieder einen starken Rückschlag erlebte.

Auch große Produktionszweige verfallen mehr und mehr einer gewissen Flaute, ohne daß damit schon eine wirklich beängstigende Lage gegeben wäre. In vielen Zügen tritt eine Nehmlichkeit mit dem Abflauen am Schluß des Jahres 1907 zutage. So rückt jetzt für die deutschen Eisengewerke die Ausfuhrfrage wieder in den Vordergrund, nachdem man bisher, bei dem glänzenden Inlandsabsatz, der Ausdehnung des Verkaufes nach dem Auslande keine sonderliche Bedeutung beizumessen brauchte. Offenbar ist die Steigerung der Auslandslieferungen nach Deutschland ein Anzeichen dafür, daß jenseits unserer Grenzen die Preise abwärts und die Absatzmöglichkeiten nicht mehr so günstige sind. Wie wird der internationale Eisenmarkt sich erst gestalten, wenn Deutschland gleichfalls seine früheren Notverkäufe nach dem Auslande wieder aufnimmt? Bezeichnend ist, daß der Stahlwerksverband noch im Mai dieses Jahres das Falllassen jeder Ausfuhrvergütung beschließen konnte und daß heute schon die Wiedereinführung lebhaft besprochen wird. In die Herabsetzung der Inlandspreise scheint allmählich Sphären zu kommen. Das Düffeldorfer Roheisen Syndikat hat im allgemeinen die Preise für das Jahr 1908 um etwa 5 Mk. pro Tonne niedriger als bisher festgesetzt. In der Schweizeisenvereinigung machte sich zuletzt wegen Nichterhaltung der Preise durch verschiedene Mitglieder eine starke Unzufriedenheit geltend, die unter anderem zum Austritt der Düffeldorfer Roheisenwalzwerke (vormals Poensgen) führte; nunmehr hat der Verband selber die Herabsetzung der Grundpreise für gewöhnliches Schweizeisen (Handeisen) um 10 Mk., für Schrauben- und Muttereisen sowie für Stufstab- und Nieteneisen um 7,50 Mk. pro Tonne beschlossen. Alle Walzwaren, die nicht durch Verbände geschützt sind, erfahren, wie selbst die Kölnische Zeitung eingesteht, ein andauerndes Nachlassen der Preise. Dafür tröstet sich das rheinische Blatt damit, daß nirgendwo beträchtliche Lagerbestände vorhanden seien, daß die großen Erzeugnisse, soweit sie in Verbänden zusammengefaßt sind, wesentlich besser dastünden, und daß die nunmehr vereinbarten Aufträge der Staatsbahnverwaltung sehr ansehnlich seien. Letzteres werde gerade für die entscheidende nächste Zeit eine ganz erhebliche Anspannung der Werke bringen; die Werke würden ihre Einrichtungen aufs äußerste ausnützen müssen, wodurch eine Entlastung des Trägermarktes zweifellos eintreten dürfte, wie überhaupt größere Mengen Rohstahl für Eisenbahnbedarf zur Verwertung gelangen werden. Das stärkt die Lage der Stahlwerke auch nach anderer Richtung und macht sie namentlich unabhängiger von dem Absatz an Halbzug nach dem Auslande, wo augenblicklich billige belgische und französische Angebote eine gewisse Rolle spielen. Das klingt immerhin schon recht vorzüglich. Und ebenso urteilen englische Berichterstatter, daß die Zeit der Haussebewegung am Roheisenmarkt vorüber sei. In der Tat notieren Roheisenwarrants nicht mehr wie Ende Mai 62 bis 63 Schilling — was zugleich den Höchststand von 1905 darstellt — sondern 54½ bis 55½ Schilling. Die amerikanischen Roheisenpreise gleiten schon seit geraumer Zeit zurück.

Dem Maschinenbau, der sich öfter über die frühere rasche Erhöhung seiner Rohmaterialien beklagt hatte, würden die erwähnten Preisabschläge an sich nur vorteilhaft und willkommen sein. Andererseits ist hier in der Erweiterung der Anlagen des Guten viel zu viel getan worden; selbst in der Prosperitätszeit konnte man deshalb Klagen über die Fabrikationspreise im Verhältnis zu den gestiegenen Auslagen hören. Ähnlich wird jetzt der gesteigerte Wettbewerb — bei dem vor allem für den Export auch England und Amerika stark in die Waagschale fallen — wahrscheinlich rasch zu niedrigeren Preisangeboten für Maschinen führen.

Günstig ist nach den jüngsten Berichten noch immer die Lage der meisten Textilindustrien. Die Flachspinnerei, die

Leinwanderei bleiben auf der früher lange nicht mehr gekannten Höhe. Die Wirkwarenbranche — nach dem Fachmann der Wollischen Zeitung besonders die Fabrikation in Sachsen und Thüringen, die wollenen Phantasiartikel herstellt — ist flott beschäftigt, für das Inland wie für die Ausfuhr. Die Strumpfwarenfabrikanten sollen alle Hände voll zu tun haben, um die ihnen vorliegenden älteren Aufträge zur pünktlichen Erledigung zu bringen; doch erregt hier wie in der Handschuhbranche die Zurückhaltung der Besteller in späteren Aufträgen bereits manche Bellemmung. Der Zusammenbruch einiger Konfektionsfirmen und manche andere unbefriedigende Erfahrungen in der letzten Sommerzeit — Folgen mehr der Kreditverschärfung und des schlechten Wetters wie etwa schon der Kaufkraftabnahme — sollen auf die Herstellung von Konfektions- und Damenkleiderstoffen hemmend zurückwirken. Die Baumwollspinnerei können noch immer der Nachfrage nicht genügen, die Baumwollweber stehen noch auf lange Zeit hinaus unter Kontrakt.

Abnorm, wie bei dem Rückschlag der Jahre 1900/1901, bleiben abermals die Kohlenpreise: sie erreichen ihr höchstes Niveau, während auf verschiedenen Produktionsgebieten bereits eine Ebeförderung bemerkbar wird. Die Unternehmer der Braunkohlenproduktion gehen sogar soweit, daß sie von einer wahrscheinlichen weiteren Preissteigerung sprechen und bis dahin die Arbeiter mit ihren Lohnforderungen zu verträglich suchen. Welche glänzenden Geschäftsergebnisse die Braunkohलगewinnung hinter sich hat, zeigt einmal die rapide Vermehrung der Ausbeute. Sie betrug in den ersten acht Monaten (Januar bis Ende August):

1904:	30 977 618 Tonnen Braunkohlen
1905:	33 178 969 " "
1906:	36 256 267 " "
1907:	40 393 072 " "

Ferner stiegen die Berliner Großhandelspreise seit Beginn des Jahres 1906 pro Tonne:

für Salobriketts von 11—13 auf 12½—14 Mk.
für Industriebriketts von 10½—12 auf 11½—12½ Mk.

Im Zeiger und Senftenberger Gebiet, weniger allerdings infolge scharfer syndikalischer Einschränkungen im Magdeburger-Gelmsied-Braunkohle Revier, sind Vergroßerungen und Neuanlagen an der Tagesordnung; um Vererbung herum entsteht ein ganz neuer Gürtel von großen Werken; ähnlich in der Nähe von Leipzig. Selbst böhmische Unternehmungen suchen in Deutschland festeren Fuß zu fassen, teils weil sie auf die Ausdehnung des eignen böhmischen Exports weniger Hoffnungen setzen, teils weil die deutsche Braunkohle für die Brikettstellung tauglicher sein soll. Im Rheinischen vollzieht sich eine ähnliche Ausdehnung. Nur etwa zwei Fünftel der deutschen Lignitgewinnung werden von der Industrie beansprucht; bis zu einem gewissen Grade wird also ein industrieller Rückschlag für den Braunkohlenabsatz nicht so fühlbar sein wie für die Steinkohलगewinnung. Das Verhalten gegen eine Lohnaufbesserung ist um so bezeichnender.

Die konzentrierte Quintessenz dieser ganzen Entwicklung auf dem Kohlenproduktionsgebiete findet man in den Gewinnen der Internationalen Bohrergesellschaft. Sie verteilt wie im Vorjahre 500 Prozent Dividende. Nach der Finanzwochenchrift Plusus haben die Aktionäre seit dem Jahre 1896 1360 Prozent Dividende erhalten. „Das heißt, sie empfangen das mit 1 Million eingezahlte Aktienkapital bereits 14mal zurück. Bekanntlich gibt es bei der Gesellschaft nur zwei Aktionäre: 800 000 Mk. Aktien besitzt der Schaffhauserische Bankverein, 200 000 Mk. der Generaldirektor der Gesellschaft. Der Schaffhauserische Bankverein hat mithin für seine 800 000 Mk. bisher nahezu 11 Millionen Mark zurückbekommen, davon allein je 4 Millionen im vorigen und diesem Jahre — abgesehen natürlich von den Lantien, die seine Direktoren als Aufsichtsräte der Bohrergesellschaft bezogen.“

Berlin, 15. Oktober 1907.

Max Schippel.

Auf Strehlen und Ströbel folgt Senftenberg.

Seit drei Wochen streiken in Senftenberg (Niederlausitz) die miserabel entlohnten Bergarbeiter. Auch dort benutzen die Kapitalmagnaten genau so ihre wirtschaftliche Macht über ihre Arbeiter, wie dies die schlesischen Granitindustriellen in Strehlen und Ströbel unsern Berufskollegen gegenüber taten. Der Kapitalismus in seiner Brutalität ist sich überall gleich. In Senftenberg werden die Streikenden jetzt ebenso ermordet, wie im Juni die Steinarbeiter in Strehlen und Ströbel.

Das Kapital der Grubenbesitzer zeigt den armen Bergarbeitern sich jetzt in seiner ganzen brutalen Gestalt. Die „Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen“, die „Arbeiterfürsorge“, der „Segen“ der Werkwohnungen erweist sich als die schrecklichste

Geißel, als das fürchterlichste Instrument, die Arbeiterschaft zu vollendeten Hörigen zu zwingen. Die ersten Räumungslagen vor Gericht endeten mit Vertagung. Offenbar glaubten die Werksbesitzer, daß in der Zwischenzeit „ihre“ Leute wieder zu Kreuze kriechen würden. Das trat nicht ein und die nun stattgefundenen Termine endeten durchweg mit „Verurteilung“ der „Angeklagten“ bei sofortiger Vollstreckbarkeit! Mithin herrscht darüber Erbitterung, die Betroffenen sind in fieberhafter Aufregung auf der Suche nach einem Obdach. Bei der überall herrschenden Wohnungsnot ist es nicht möglich, für alle Obdach anderweitig zu beschaffen.

Ein großes Streiklicht auf die Zustände in der Niederlausitz und den allmächtigen Einfluß des Kapitals wirft die Art der „Vertretung“ der mit Ermittlung bedrohten Bergleute vor Gericht. Die Streikleitung hatte durch den Vorsitzenden der Lohnkommission den Rechtsanwalt Dr. jur. Frige mit der Führung der Prozesse beauftragt. Der Herr wollte anfangs nicht recht, später nahm er die Vertretung an und beanspruchte 30 Mark Kostenvorschuß, die sofort gezahlt wurden. Indessen mochten dem Herrn Skrupel angekommen sein, er sandte den Kostenvorschuß an die Streikleitung zurück, vertrat immerhin die Beklagten und sandte sofort nach dem Termine jedem Einzelnen die Kostenrechnung!

Eine gähnend tiefe Kluft trennt Bürgertum und Arbeiterschaft. Die Bewohner der eigentlichen Stadt sind wohlhabende Krämer, Gastwirte und Beamte. Die Arbeiter sind draußen auf den Vororten und Dörfern. In den Straßen reiht sich Laden an Laden. Sonntags ist die Stadt äußerst belebt, die Arbeiter kommen in Scharen zu Fuß und Rad, mit Kind und Kegel, um einzukaufen. Schwer bepackt mit allerhand Paketen geht es in bunter Gewandung wieder hinaus nach dem Niederlausitzer Wild-West, den Kasernen und Werkkolonien. Der ganze Verkehr zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum spielt sich in den Läden, den Destillen und Gasthöfen ab. Die Bourgeois nehmen das Geld der Leute, fordern horrenden Preise für minderwertige Waren und behandeln diejenigen, die ihre einzige Einnahmequelle sind, die ihnen zu Wohlstand und Reichtum verhelfen, mit ausgesprochener Verachtung! Vor Jahren sollte eine neue katholische Kirche gebaut werden. Die Bürger Senftenbergs legten Kopf und Krone daran, die Kirche dahin zu bekommen, wo die Polen, Galizier usw. durch die ganze Stadt an allen ihren Kaufplätzen usw. vorbei mußten. Bittere Kämpfe hat es darum gegeben. Dem Streik stehen sie mit der ungläublichen Borniertheit des kurzzeitigen, sich in seinem Profit bedrohlich sehenden, spießhaften Krämerertums gegenüber. Keine Spur von Anteilnahme, keinerlei moralische und materielle Unterstützung, wie sie sonst bei Bergarbeiterstreiks üblich sind: Nur Angst ums Geld, ums Geschäft!

In Dreßkau liegen die Werkwohnungen dicht an der Bahn. Am 10. Oktober räumten Arbeitswillige die Wohnung eines Arbeiters aus. Alles fand auf dem Straßenrand am Platz. Der Mann arbeitete seit fünf Jahren auf der Grube Merkur bei Dreßkau. Er hat Frau und sechs Kinder. Angeachtet dessen ließ ihn die Direktion durch den Gerichtsvollzieher aus der Werkwohnung setzen. Der Mann ging zum Bürgermeister des Ortes, um ein Obdach für seine Familie zu erbitten. Der Bürgermeister ludte ihn aber zum Streikbruch, zum Verrat seiner Arbeitsbrüder zu zwingen. Abends 8 Uhr ging dann die Familie des Armersten auf behördliche Anordnung zur Herberge. Die Frau hat die kalte Oktobernacht mit ihren sechs unterjüngsten Kindern im Stalle des Bauwerkes der allarmherzigen christlichen Nächstenliebe auf Strohhalm zugebracht und der Mann hat seine armselige Habe auf der Straße vor Spitzbuben bewacht.

Wahrlich, ein herrliches Kulturbild inmitten des preussischen Klassenstaates am Anfange des Jahrhunderts der Humanität!

Nicht weniger als 40 Ermittlungen sind weiter verfügt, die Parole der Unternehmer lautete: Genau aus der Werkwohnungen!

Leider ist ein Ereignis eingetreten, dessen Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Am Montag mißhandelte der ausländische Franzmann Kühn aus Görlitz den 19jährigen Arbeitswilligen Franz Kucza in Senftenberg II. Es waren noch mehrere Ausländer an der Prügelei beteiligt. Der Arbeitswillige wurde am Kopf schwer verletzt und ins Krankenhaus zu Senftenberg eingeliefert. Dort ist er am Donnerstag vormittag gestorben. Die eigentliche Todesursache ließ sich bis zur Stunde noch nicht feststellen.

Angenommen auch, das ebenso bedauerliche wie aufs strengste zu beurteilende Vorkommnis ist Streikenden zu verhandeln, angenommen auch, der Tod des Verletzten ist auf die Mißhandlungen Streikender zurückzuführen, so ist die letzte Ursache der Tat doch in dem aufreizenden Verhalten der Unternehmer zu suchen. Zunächst sind durch überlange Arbeitszeit, das Fehlen aller Einrichtungen, die Sittlichkeit und menschliche Verhalten zu fördern geeignet sind, durch übermäßige Ausbeutung bei einem raffiniert ausgeklügeltem Affordsystem, durch elende

Pflasterer-Produktivgenossenschaften in Italien.

In der Steinfeserzeitung schreibt hierüber Freund Anoll, der Vorsitzende des Deutschen Steinfeserverbandes, folgendes:

Es ist nahezu zehn Jahre her, daß einmal der Frage der Errichtung einer Produktivgenossenschaft für das Steinfesergerberbe nachgegangen worden ist. Man hat damals in den Kreisen unserer Berufsangehörigen (der Steinfeser) auf diese Anregung fast gar nicht reagiert und es ist die Frage seit der Zeit nicht wieder aufgetaucht.

Zu der Zeit, als die Frage angeregt wurde, war unsere Organisation (der Steinfeserverband) noch verhältnismäßig schwach und die leitenden Personen derselben in viel höherem Maße, als das jetzt der Fall ist, den Angriffen des Unternehmertums ausgesetzt. Die Frage der Produktivgenossenschaft wurde deshalb auch in dem Sinne erörtert, ob mit der Errichtung einer solchen die leitenden Genossen der Organisation den Angriffen des Unternehmertums entrückt werden könnten. Diese Genossen sollten nach der Ansicht des Artikelschreibers in der Genossenschaft in erster Linie untergebracht werden. Vielleicht war die in dieser Absicht offen bekannte Schwäche der Organisation die Ursache, daß man auf die damalige Anregung nicht weiter einging. Heute, nachdem sich unsere Organisation fast allenthalben und bestrittenen Ansehen und wirtschaftlichen Einfluß verschafft hat, braucht man die Frage der Errichtung einer Produktivgenossenschaft von dem Standpunkte, wie wir unsere Genossen vor Maßregelungen schützen, nicht mehr zu behandeln. Wenn wir heute nochmals in eine Diskussion über diese Frage eintreten wollten, so braucht es deshalb nur noch in dem Sinne geschehen, ob wir mit der Errichtung einer Genossenschaft in der Lage wären, die Interessen unserer Berufsangehörigen zu fördern. Während die deutschen Steinfeser und Berufsangehörigen nun,

trotz einer nahezu zwei Jahrzehnte alten Gewerkschaftsorganisation, die Frage der Produktivgenossenschaft nur ein einziges Mal — noch dazu in ziemlich dürftiger Weise — theoretisch erörtert haben, sind ihre Berufsangehörigen in andern Ländern mit erheblich jüngerer gewerkschaftlicher Organisation längst daran gegangen, auch auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens praktisch zu arbeiten. Und zwar in Nord und Süd sind diese Anlagen der genossenschaftlichen Produktion geschaffen worden.

In Stockholm, der Hauptstadt von Schweden, ist mit Beginn dieses Jahres eine Produktivgenossenschaft der Steinfeser ins Leben getreten, die in vorigem Monate schon alles in allem ca. 60 Mann beschäftigte und — sicher ein gutes Zeichen — schon in der Lage war, von ihren ersten Ueberflüssen einen namhaften Obolus an die Kaffe des internationalen Sekretariats abzuführen.

Sodann haben auch unsere — auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Organisation jüngsten — Brüder in Italien auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens recht Erfreuliches geleistet. Ich habe Gelegenheit gehabt, die Betriebe derselben in Genua und Turin selber in Augenschein zu nehmen und kann nur sagen, daß dieselben im allgemeinen einen guten Eindruck auf mich gemacht haben. Zutatten kam unsern italienischen Kollegen bei ihrem Vorgehen wohl, daß Italien, insbesondere Oberitalien, für das Genossenschaftswesen überhaupt ein fruchtbarer Boden ist. Hier sind durch das Hand in Handarbeiten von Genossenschaft und Gewerkschaftsorganisation stellenweise geradezu märchenhafte Erfolge gezeitigt worden. Ein wahrhaft klassisches Beispiel hierfür bieten die Gasenarbeiter in Genua. Man kann sagen, daß hier durch Zusammenarbeiten der beiden proletarischen wirtschaftlichen Organisationen förmlich ein neues Geschlecht geschaffen worden ist.

Aber auch die (gemeinsame) Produktivgenossenschaft der Pflasterer und Steinmehrer, die hier schon seit einigen Jahren besteht, soll nach der mir gewordenen Auskunft Ersprießliches wirken. Die Genossenschaft besitzt einen eignen Steinbruch und wird das aus demselben gewonnene Material von den (Steinmehrer-) Mitgliedern der Genossenschaft gleich bear-

beitet, wodurch die letztere in der Lage ist, sich auch an der Lieferung des Straßenbaumaterials für die Stadt zu beteiligen. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um rauh bearbeitete Granitquadern, die auf den Fahrdämmen der Hauptverkehrsstraßen verlegt werden. Die Genuer Genossenschaft der Steinmehrer und Pflasterer hat einen jährlichen Umsatz von ca. 200 000 Lire (160 000 Mark). Man muß dabei aber in Betracht ziehen, daß die Materialpreise und Arbeitslöhne in Italien im allgemeinen wesentlich niedriger sind als in Deutschland.

Genauere Einzelheiten konnte ich über die Pflasterer-Produktivgenossenschaft in Turin ermitteln. Dieselbe erhält seit Anfang dieses Jahres städtische Arbeiten und beschäftigte zurzeit insgesamt 52 Arbeiter einschließlich Lehrlinge. Dieselbe beschäftigt auch nach Bedarf Nichtmitglieder und rechnet man damit, bis zu 100 Arbeitskräfte einstellen zu können. Da es in Turin insgesamt ca. 50 Pflasterer gibt, so beschäftigt die Genossenschaft einen namhaften Teil der vorhandenen Arbeitskräfte.

Die Privatunternehmer, deren Zahl auf 5 oder 6 angegeben wird, haben sich mit dem Bestehen der Genossenschaft und der Konkurrenz derselben abgefunden. Derselben stellen Arbeiter, die eine zeitlang im Betriebe der Genossenschaft tätig waren, anstandslos auch in ihren Betrieben ein. Die städtischen Arbeiten werden in Submision vergeben, irgendwelche Vergünstigungen bei der Vergabe städtischer Arbeiten genießt die Genossenschaft also nicht — sie wird aber auch nicht schlechter behandelt, als die Privatunternehmer. Ob das auch in Deutschland so sein würde, ist bei der bekannten Arbeiterfreundlichkeit aller unserer Behörden zum mindesten fraglich.

Es gibt in Turin nur drei Pflasterarten: Makadam, Ciottolato (Schotter?) und Granitquadern, letzteres nur auf den Fahrdämmen einiger Hauptverkehrsstraßen.

Die Preise stellen sich folgendermaßen: Makadam mit Materiallieferung, 1. Klasse pro Quadratmeter 2,20 Frank; dito 2. Klasse pro Quadratmeter 1,75 Frank. Ciottolato 1. Klasse pro Quadratmeter 1,85 Frank; dito 2. Klasse pro Quadratmeter 1,35 Frank.

Höhlenartige Aufenthaltsräume und miserable Werkwohnun- gen alle guten Triebe der aus allen Himmelsrichtungen heran- gestellten Arbeiter systematisch erstickt worden. Unzulängliche „Wohne“ schafften wirtschaftliches Elend, welches die Vermis- ten oft im Schnaps zu erlösen suchten.

Als dann die Forderungen eingereicht wurden, behandelte man die Leute mit gefuchter Nichtachtung. Alle Ränke unter- nehmerlicher Paschawirtschaft spielten, die Bergslaven ins Joch zurückzuführen. Der Reichthum der Menschheit wurde in den Kasterhöhlen der Großstadt zusammengefaßt, um als Haus- reißer zu dienen, Herden von Polizisten und Gendarmen wur- den ins Revier gezogen. Bürgerium und Arbeiterschaft wur- den aufgeschreckt durch „schneidiges“ Vorgehen bei an sich harm- losen Anlässen. So war die Aufregung in alle Schichten der Bevölkerung hineingetragen. — Endlich kam das höchste: die Werkwohnungen wurden mit Gewalt geräumt! Man muß es gesehen haben, wie brave Familienbäter tränenden Auges ihre durcheinandergeworfene Habe betrachteten, wie verschüchterte Kinder sich an den Rock der weinenden Mütter klammerten. In ohnmächtiger Wut ballten sich hunderte schweliger Arbeiter- fäuste. Erreichbar ist einigen von ihnen in solcher Stimmung der nun Verstorbenen gewesen und so mögen sie ihn — der sie vielleicht noch berührt hat — bis zugebedt haben. Gleich ist die feile Unternehmerpresse bei der Hand: „Mord oder Körperverletzung mit tödlichem Ausgang?“ steht am Kopfe der Ertrahlätter zu lesen, in denen die Streikleitung für die Tat Einzelner verantwortlich gemacht wird.

Gewiß, die Tat ist verwerflich und zu verurteilen, keines- wegs zu entschuldigen. Wer aber die Verhältnisse kennt, das Milieu, in dem sich das Drama von Senftenberg und Um- gebend abgepielt hat, wird sie nicht unbegreiflich finden. Es mußte so kommen!

Das Vorgehen der Kapitalmagnaten in Senftenberg beim Bergarbeiterstreik deckt sich genau mit dem Vorgehen der schles- sischen Granitindustriellen.

Korrespondenzen

Demitz-Thumitz. Am 6. Oktober fand im Gasthof zu Neu- Schmölln eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, welche leider schwach besucht war. Es scheint fast, als hätten die hie- sigen Kollegen eine Aufklärung nicht mehr nötig. Der Gau- leiter, Kollege Zahn, referierte über: Arbeiter- und Unter- nehmerorganisationen. In leicht verständlicher Weise führte er in seinem 1½stündigen Vortrage den Anwesenden die Entwick- lung dieser Organisationen vor Augen. Bis zum Jahre 1904 war noch eine Zersplitterung unter den Unternehmerorgani- sationen bemerkbar, welche sich aber jetzt zu einem mächtigen Feind gegen die Arbeiterorganisationen zentralisiert haben und sich die Arbeiterkämpfung auf ihre Fahne geschrieben haben und nicht zu unterschätzen sind. Besonders scharf ging Kollege Zahn mit den Oberstufmachern, wobei er auch die Zucht- hausvorlage streifte, ins Gericht. Die Beratungen der Unternehmer werden stets im geheimen geführt, und es kommt nur dann etwas an die Öffentlichkeit, wenn sie in Aktion treten. Anders da- gegen bei den Arbeitern; diese müssen vor der Öffentlichkeit be- raten, da sie bei jeder Gelegenheit sorgfältig bewacht werden. Es ist auch für die Unternehmerverbände sehr gut, daß sie so han- deln, denn würden sie alles kundgeben, würde sich bald die breite Öffentlichkeit von ihnen abenden. Reicher Beifall lohnte den Redner am Schluß seiner vortrefflichen Ausführungen. Da eine Diskussion nicht stattfand, schloß Kollege Zahn nach einem kurzen Schlusssatz des Referenten mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband, in welches die Anwesenden begeistert ein- stimmten, die interessante Versammlung.

Gefrees. Am Sonntag, den 6. Oktober, fand im Lokale des Herrn Johann Walthers eine gutbesuchte Mitgliederversam- lung statt, in welcher Genosse Taumann, Arbeitersekretär aus Wunsiedel, über: Die wirtschaftliche Lage der Steinarbeiter, und wie ist diese zu heben? referierte. In seinen sachlichen Aus- führungen wies der Referent auf die beschwerliche, oft mit Lebensgefahr verbundene Arbeit der Steinarbeiter hin und be- tonte, daß die Arbeitgeber den Arbeitern keinen Pfennig Lohn freiwillig geben, sondern daß derselbe vielmehr erst durch die Organisation erkämpft werden muß. Er wies auch auf die ver- werfliche Tugend des Blaumachens einiger Arbeiter hin, und wie daraus die Arbeitgeber den Nutzen ziehen. Ferner streifte er die oft zutage tretende Uneinigkeit unter der Arbeiterschaft, durch welche nur die Arbeitgeber in ihrer Profitgier begünstigt wer- den. Auch kam er auf die verschiedenen andern Organisationen, so z. B. die Hirsch-Dunderschen, die christlichen und die gelben Gewerkschaften zu sprechen. Er wies nach, daß diese Aus- arbeiterorganisationen, nur von Arbeitgebern und Schwarz- mitteln gegründet, berufen sind, Unfrieden in den freien Gewerkschaften zu säen, bei vorkommenden notwendigen Streiks den Arbeitern in den Rücken fallen und somit den Unternehmern Hausreißerdienste leisten. In seinen weiteren Ausführungen kam der Referent auf die Notwendigkeit der Organisation zu sprechen, denn nur durch diese ist eine Besserstellung unferer so traurigen Lebenslage zu erstreben. Der reiche Beifall, der dem Referenten am Schluß seines glänzenden Referats gezollt wurde, bewies, daß die anwesenden Arbeiter seine Ausführungen verstanden haben und sich zu Herzen nehmen wollen. Der Vor- sitzende Zahn gab den Situationsbericht bekannt und bemerkte, daß bei der Gründung der Zahlstelle im Juni d. J. 39 Mit- glieder vorhanden waren und jetzt die Mitgliederzahl 79 be- trägt. Es ist aber noch lange nicht genügend und es soll nicht

gerührt und gerausert werden, bis der letzte Mann der Organi- sation beitrifft. Die Arbeiter der Firma Emil Haberstumpf hätten es gewiß nicht nötig, der Organisation fern zu bleiben, denn die Zustände, die dort herrschen, sind gewiß keine glän- zenden. In seinem Schlusssatz forderte der Referent die An- wesenden auf, die Arbeiterpresse besser zu unterstützen und die gegnerische Presse aus dem Hause zu werfen, ferner, sich der politischen Organisation, die die Interessen der Gewerkschaften vertritt, anzuschließen und auch der Genossenschaft (Konjums- verein) beizutreten, denn politische Organisation, Gewerkschaft und Genossenschaft, diese drei Faktoren sind die Grundtriebe zur Besserstellung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters. Mit einem dreifachen Hoch auf den Steinarbeiterverband schloß der Vor- sitzende die Versammlung.

Königs-Lutter. Der Streik der Steinarbeiter dauert un- verändert fort. Die Unternehmer suchen einzelne Kollegen zur Arbeit zu bewegen. Bei der Firma Schrader, welche am meisten einzelne Kollegen zum Streikbruch zu verleiten sucht, besorgen das notdürftige Verladen der Steine auf der Rampe der Buch- halter sowie der Wiegemeister. Mehrere Kollegen wollten bei hiesigen Zuckerrüben während der Kampagne, wie sonst üblich, in Arbeit treten, wurden aber nicht eingestellt. Ob die Unter- nehmer hier ihre Hand im Spiele haben, oder ob die Fabrik- leitung aus eigenem Interesse auf Seiten der Unternehmer steht, ist den Kollegen gleichgültig. Einig werden sie den auf- gezwungenen Kampf mit den Unternehmern führen. Zugut ist fernzuhalten.

Leer (Ostfriesland). Der Steinmetzmeister B. G. Manninga schreibt uns: Die Angaben in der Nr. 40 des Steinarbeiters über mein Geschäft bedürfen einer Korrektur. Daß die Löhne bei mir nicht schlecht sind, geht schon daraus hervor, daß meine Stein- metzen schon lange Jahre hier arbeiten. Nun zu den Löhnen. Ein Steinmetz hat sogar in sechs Tagen 58.33 Mark verdient, wohl ein Beweis dafür, daß die Lohnsätze nicht schlecht sind. L. G. Manninga.

Unser kurzer Bericht in der Nr. 40 wandte sich dagegen, daß die Löhne vom Meister einseitig festgesetzt würden und fer- ner, daß es bei Ueberlandarbeit keine separate Auslösung gibt. Dieses hat Herr M. also nicht versucht, richtig zu stellen. Red.

Lübau. Um bessere Organisationsverhältnisse in der Ober- lausitz herbeizuführen, wurde in einer Bezirksversammlung am 15. September die Verschmelzung der Zahlstellen Lübau und Oppach zu einer Verwaltungsstelle eingehend besprochen. Die Gründe, welche gegen die Verschmelzung ins Feld geführt wur- den, klärten sich, und sprachen zum Teil eher dafür als dagegen. Den Hauptgrund der Logenarbeit bildete die eventuell spätere Erhebung von 5 Pfg. Lokalbeitrag. Der Gauleiter Zahn sprach in längeren Ausführungen für die Zentralisation. Auf Grund des schlechten Besuchs, ferner auch, um den Kollegen auf den einzelnen Plätzen noch genügend Zeit zum Besprechen zu lassen, einigten sich die Anwesenden dahin, eine neue Versammlung am 29. September abzuhalten, wo endgültig Beschluß gefaßt werden sollte. Pünktlich fand am 29. September die Versammlung statt. Auch die Erwartung, besseres Wetter zu haben, hatte sich erfüllt, der Versammlungsbesuch aber war schlecht. Kollege Zahn war wieder erschienen und bedauerte eingangs seines Referats die Interesselosigkeit der hiesigen Steinarbeiter. Bei Ver- anstaltung bürgerlicher Vergnügen stellen die Steinarbeiter ihren Mann, bloß nicht in Steinarbeiterversammlungen, wo es gilt, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu besprechen. Gerade in hiesiger Gegend hätten es die Steinarbeiter besonders nötig, denn die Lohnverhältnisse in den letzten zehn Jahren haben sich nicht gebessert. Durch die ständige Steigerung aller Lebens- mittelpreise wird die Lage der Steinarbeiter von Tag zu Tag schlechter. Trefflich führte er dann die kapitalistische Entwick- lung und Produktionsweise vor. Fast immer wird dann noch der Arbeiter zu größerer Leistungsfähigkeit angepörrt, bloß um den dreimal geheiligten Selbstad zu füllen. Der Kapitalismus ist rauh, kennt keine menschlichen Gefühle, wirkt zerstörend, schädigend und degenerierend. Reicher Beifall lohnte diese treff- lichen Ausführungen. Beim 2. Punkt der Tagesordnung: Ver- schmelzung der beiden Zahlstellen, gab es keinen großen Wider- spruch mehr. Die Vertreter der einzelnen Plätze sprachen sich alle dafür aus, somit wurde dann einstimmig der Zusammen- schluß beschlossen. Die Leitung des Bezirks wurde der Lübauer Verwaltung übertragen und die Vertrauensleute von Oppach ihr zur Seite gestellt. Kollegen, soll nun erreicht werden, daß bessere Verhältnisse in diesem Bezirk herbeigeführt werden, so ist jeder Kollege verpflichtet, seine Person mehr wie bisher in den Dienst des Steinarbeiterverbandes zu stellen. Die Platzvertreter müssen in jeder Hinsicht unterstützt werden und Mann für Mann in den Versammlungen erscheinen. Unter Gewerkschaftlichem wurde noch Klage über die zunehmende Heimarbeit geführt; selbige soll in einer der nächsten Versammlungen besprochen werden. Zum Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß die Firma Köhler, Meißner, in der Ober-Lausitz Arbeitswillige suche. Der Ver- trauensmann in Meißner sowie Kollege Zahn berichteten über den Stand der Auspörrung. Jeder Kollege, der noch etwas Anspruch auf Organisation stellt, wurde ermahnt, dafür zu sorgen, daß kein Steinarbeiter bei Köhler in Arbeit tritt.

Maulbronn. Anfangs voriger Woche sahen wir uns ver- anlaßt, die Zentralleitung in Anspruch zu nehmen, infolge von Vorkommnissen, welche nachstehend geschildert werden. Da unser Gauleiter Braun derzeit in Berlin weilte, wurde Gauleiter Wittenmeier beauftragt, uns mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Wie sehr zu Herzen gehend der Vortrag war, welcher

am 10. Oktober in der Klosterbrauerei vom Gauleiter Witten- meier gehalten wurde, bewies am besten der geradezu tosende Beifall, welchen die überfüllte Versammlung dem Referenten spendete. Und nun die Ursache unfres Appells an die Zentrale. Am Montag, den 7. Oktober, hatten es 21 Mann der berühmten Arbeiterfreundschaft des Herrn Burrens zu verdanken, daß sie, trotzdem die meisten schon 18, 20 und 27 Jahre im Betriebe tätig waren, ohne Pardon und Angabe eines Grundes auf das Pflaster gesetzt wurden. Erst auf wiederholtes Ersuchen zweier Ar- beiter wurde ihnen vom Polier Berner der Bescheid: Es seien keine Aufträge mehr vorhanden. Trotzdem wollte Herr Burren einen Auftrag einem hiesigen Meister überweisen. Es bleibt also offensichtlich nur die Annahme, daß diese 21 Mann nur wegen Zugehörigkeit zum Steinarbeiterverband gemahregelt wurden. Daß diese Arbeiter ihre beste Kraft und Gesundheit im Interesse des Herrn Burren verbraucht haben, läßt Herr Burren fall. Herr Burren ist zum vermögenden Mann geworden. Die Arbeiter werden im Herbst entlassen, sie sollen spüren, wie weh der Hunger tut. Man könnte beinahe das Sprichwort in Anwendung ziehen: Mohr, du hast deine Schuldigkeit getan, nun kannst du gehen. Auf den Vortrag des Gauleiters Witten- meier meldeten sich verschiedene Kollegen zum Wort und kriti- sierten das unqualifizierbare Vorgehen des Herrn Burren. Wittenmeier erhielt nun das Schlusssatz und es wurde darauf- hin folgende Resolution verlesen und einstimmig angenommen: „Die heutige in Maulbronn tagende, von den Steinarbeitern der ganzen Umgebung stark besuchte Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Entlassung der Kollegen bei der Firma Burren. Die Anwesenden betrachten diese Maßregel obiger Firma als einen Vorstoß gegen unser gesetzlich festgelegtes Koalitionsrecht und verpflichten, mit aller Kraft gegen solche Schikanen Stellung zu nehmen. Die beste Gewähr für Aus- übung hierzu erblicken wir in der Kraft der Organisation und verpflichten wir uns, mit aller Kraft für deren Ausbau Sorge zu tragen.“ Der Vorsitzende Okwald schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Stein- arbeiterverband. Zum Schluß möchten wir den Höchern zu- rufen, der Höcher an der Wand hört seine eigne Schand, und werden wir uns es angelegen sein lassen, dem Herrn das nächstmal einen Platz zu verschaffen, damit er auch alles hören kann.

Mittelsteine. Sonntag, den 6. Oktober, fand in Villa Roma eine mäßig besuchte Bezirksversammlung statt, in welcher Ge- nosse Redakteur Feldmann-Langenbielau über das Thema: Die Arbeiterklasse im Kampfe ums Dasein sprach. Der Genosse be- leuchtete in seinem glänzenden Referat den Kampf des Prole- tariats gegen das Ausbeutertum der Unternehmer, und betonte gleichzeitig, daß nur durch eine gute Organisation etwas erreicht werden kann. Sehr schlecht steht es mit den hiesigen Kranken- kassenverhältnissen. Bei einem Stundenlohn von 68 Pfg. trei- len die hiesigen Firmen die feine Politik und setzen im Statut den Durchschnittslohn nur auf 2 Mark fest, was im Krank- heitsfalle einer Unterstützung von nur 7.20 Mark pro Woche entspricht. Es wurde beschlossen, beim Landrat um Regelung dieser Sache vorstellig zu werden, da wir in eine höhere Klasse eingeschätzt werden müssen.

Niesla. Am 2. Oktober fand im Boetenrestaurant unsere Monatsversammlung statt. Genosse Cohn-Niesla referierte über: Gewerkschaftskarte und Arbeitersekretariate, ausgehend von der Gründung der Zentralorganisationen nach dem Falle des Sozialistengesetzes und ihre Entwicklung bis auf den heutigen Tag. Ferner bespricht Redner den Zusammenschluß der ein- zelnen Gewerkschaften an Orten, wo es möglich ist, zu Kartellen; des weiteren über die Tätigkeit derselben. Zuletzt betont Re- ferent die Notwendigkeit der Errichtung von Arbeitersekretariaten. Seine Ausführungen fanden großen Beifall bei den Anwesen- den. Im Anschluß hieran geben die beiden Delegierten den Kartellbericht. Danach gibt der Kassierer den Kassenbericht vom 3. Quartal. Einige „angebliche“ Unrichtigkeiten wurden klar- gestellt und darauf dem Kassierer einstimmig Verzeigung erteilt. Ueber die in Niesla, man möchte sagen, zur Senation ge- wordene Lokalfrage konnte ein definitiver Beschluß nicht herbei- geführt werden. Die Debatte wurde hierüber abgebrochen. Da sich die Räumlichkeit des Gastzimmers, wo getagt wird, als zu klein erweist, natürlich bei stärkerem Versammlungsbesuch, wird beschlossen, daß der Vorsitzende mit dem Wirt wegen Hergabe der im 1. Stockwerk gelegenen größeren Gaststube zu verhandeln hat. In der nächsten Versammlung wird wiederum ein Referat vom Genossen Cohn, und zwar über: Die Taktik der gegnerischen Gewerkschaften gehalten. Wir hoffen, daß der Besuch ein größerer werde. Verschiedene Kollegen denken wahrscheinlich, Versammlungsstimmungen ist jetzt Sport.

Seksdorf (Oesterreichisch-Schlesien). Daß es mit der Organi- sation im dortigen Distrikt rüstig vorwärts geht, will nun den Herren Unternehmern ganz und gar nicht in den Kram passen. Sie haben es ganz besonders auf Kollegen Wirtner abgesehen, welcher unermüdet in der Agitation tätig ist. Diese Anstellung ist den Unternehmern ein mächtiger Dorn im Auge. Vornehm- lich sind es in Seksdorf zwei Herren, welche ihn am liebsten vergiften möchten. Der Herr Bürgermeister Neugebauer, Teil- haber an einem Kaltwerke, und Herr Paul, Direktor der Firma Laßel. Diese zwei Herren versuchen nun durch alle möglichen offenen und verdeckten Angriffe ihn in seiner Tätigkeit un- möglich zu machen. Zu erst wurde das Gasthaus, wo er Wohnung genommen, von den sogenannten Besseren boykottiert und er- gößen sich diese Herrschaften mit wüstem Geschimpfe auf den Gastwirt und das Lokal. Ihre Bildung zeigen sie durch Aus- drücke, wie: „roter Hund“, „rotes Nest“ usw. Durch derartige Kosenamen machen sie ihrem Zorne über die Organisation Luft, und doch war dieses Lokal einmal ihre Burg, wo sonst niemand etwas zu sagen hatte. Die Zeiten ändern sich und der Wirt, der eben nicht so dumm ist, sich wegen den paar Grobnasen das Gesicht zu verderben, verliert gewiß nicht viel, wenn diese Herren fernbleiben, dafür kommen die Arbeiter zu ihm. De- gleichen dürfte ihnen auch die Wohnungsabtreiberei nichts nützen; wir werden weiter organisieren, und wenn auch manche rotblaue Nase darüber noch so grün wird. Die Steinarbeiter haben nun einmal das Schlangenjoch satt und werden es, un- bekümmert um solche Quertreibereien, abschütteln. Da ist zum Beispiel der Steinmetzmeister Franz Altmann von Schwarz- wasser viel gemüthlicher. In aller Seelenruhe setzte er seinen Leuten auseinander, daß ihnen die Organisation gar nichts nütze, aber wenn es notwendig sein wird, werden ihnen die Meister schon die Löhne aufbessern. Herr Altmann zahlte schon 2.80 bis 3 Kronen pro Tag. Nun, Arbeiter, was willst du noch mehr? Es ist doch wirklich zu drollig: Also, wenn die Meister es für notwendig finden werden, bessern sie auf, da heißt es, sich in Geduld üben und hübsch alt werden, denn für notwendig finden sie es niemals. Da werden sich die Arbeiter früher or- ganisieren und den Herren sagen, wann es notwendig ist.

Dieses Vorgehen der Unternehmer zeigt, wie notwendig die Anstellung des Kollegen Wirtner in Oesterreichisch-Schlesien war. Doch die Schikanen der Unternehmer sind nur ein gutes Agita- tionsmittel für den österreichischen Bruderverband. Wir wün- schen Kollegen Wirtner in seinem vom Weltverkehr abgelegenen Gebiete weitere Erfolge.

Granitquadern, ohne Lieferung, aber mit Steinmetzarbeit (Oberfläche rauh bearbeiten) pro Quadratmeter 0.55 Frank.

Das Material zu den Malakam- und Ciottolotofträgen wird aus dem Flußbett des unmittelbar an der Stadt vorbeiflie- senden Bo geholt und kostet nur das Fuhrlohn; die Genossen- schaft besitzt auch ihr eigenes Fuhrwerk.

Das Betriebskapital ist zum größten Teil von der Genossen- schaftsbank in Mailand entliehen; dasselbe muß mit 6 Prozent verzinst werden. Die Genossenschaftsbank stellt zugleich auch die Geschäftsräume und den Geschäftsführer; letzterer besorgt die Geschäfte mehrerer Genossenschaften zugleich. Die Geschäfts- unkosten der Genossenschaft sind dadurch äußerst geringe; sie wurden mir für die Turiner Pflasterergenossenschaft auf ca. 200 Lire pro Jahr angegeben. Das wäre in der Tat eine äußerst rationelle und billige Geschäftsführung.

Die Genossenschaft zahlt den Pflasterern durchschnittlich einen um wenigstens 20 Centesimi höheren Tagelohn als die Privatunternehmer. Der Mindesttagelohn für einen Pflasterer beträgt in der Genossenschaft 4.80 Lire (3.85 Mark). Die Hilfsarbeiter erhalten den tarifmäßigen Tagelohn.

Die Turiner Genossenschaft schätzte ihre Jahres-Brutto-Ein- nahme auf 150 000 Lire = 120 000 Mark. Der zu erwartende Reingewinn wird auf 5 Prozent geschätzt.

Bemerkte sie noch, daß die Geschäftsräume der Genossenschaft einen durchaus vornehmen Eindruck erwecken; man merkt, daß dieselben von einer geschäftsfundigen Leitung eingerichtet sind. Dasselbe ist auch der Fall in Genua.

Einen für die Begriffe deutscher organisierter Arbeiter weniger angenehmen Eindruck macht es, daß die Genossenschaft eine verhältnismäßig erhebliche Anzahl jugendlicher Arbeits- kräfte beschäftigt; dieselben erhalten allerdings einen im Ver- hältnis zu den großjährigen Arbeitern nicht ganz schlechten Lohn; sie beginnen mit einem Tagelohn von 1.20 Lire. Die Genossen- schaft ist hier leider aus Konkurrenzrücksichten gezwungen, die Praktiken der Privatunternehmer mitzumachen, die eine noch weit größere Anzahl jugendlicher Arbeiter beschäftigen sollen.

* Fragt man sich, ob es möglich sein dürfte, diesen jüngsten

und nach dem, was ich gesehen: vielversprechenden Sproß des Organisationslebens unserer skandinavischen und italienischen Berufsgenossen auch nach Deutschland zu verpflanzen, so muß man dabei ja stets zuerst darüber klar werden, daß wir es mit deutschen Behörden zu tun haben. Und was das heißt, das braucht an dieser Stelle nicht erst auseinanderzusetzen zu werden. Trotzdem aber bin ich der Meinung, daß die Sache selbst in Deutschland nicht ganz unmöglich ist. Freilich steht uns hier bis jetzt noch keine Genossenschaftsbank zur Verfügung, die sol- chen Gründungen des aufwärtsstrebenden Proletariats kräftig unter die Arme greift. Aber die Genossenschaftsbank allein tut es in Italien ja auch nicht. Auch da müssen die Arbeiter, die eine Produktivgenossenschaft gründen, und die Hilfe der Ge- nossenschaftsbank in Anspruch nehmen wollen, erst den Beweis erbringen, daß sie selber aus eignen Mitteln etwas leisten können. Erst wenn ein gewisses Grundkapital aus den Mitteln der Genossenschaft zusammengebracht ist, tritt die Genossen- schaftsbank in Aktion. Und auch unsere nach unsern Begriffen durchaus nicht glänzend bezahlten italienischen Kollegen haben erst aus eignen Mitteln das Grundkapital herbeischaffen müssen, ehe sie an die genossenschaftliche Produktion denken konnten. Sollte das, was in Italien unter erheblich größeren finanziellen Schwierigkeiten möglich war, nicht auch in Deutschland möglich sein? Wenn 50 Pflasterer in Turin für ca. 2000 Lire Ge- nossenschaftsanteile erwerben konnten, dann sollte es in Deutsch- land wohl möglich sein, ohne große Mühe ca. 25 000 Mark Grundkapital auf Anteilsscheine aufzubringen. Und damit ließe sich wohl etwas anfangen. Es kommt uns heute zu statten, daß die Sache nicht übers Knie gebrochen zu werden brauchte.

Meine persönliche Ueberzeugung geht dahin — und darin bin ich durch den Einblick in die Genossenschaften unserer italia- nischen Genossen bestärkt worden, daß auch die genossenschaftliche Organisation berufen ist, im Befreiungskampfe des Proletariats noch eine ganz bedeutende Rolle zu spielen.

Jedenfalls hätten die deutschen Steinsetzer und Berufs- genossen bei einem diesbezüglichen Versuch wohl kaum etwas zu verlieren. . . .

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!